

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telephon: Amt Dönhof 4190-4190



Adressen für Bestellungen und Abonnements:
Berlin O 23 61, Zelle-Wilhelm-Platz 6
Druckverlag: Copeland

Die Bestellung erfolgt im Geldbetrag.

Der Inhalt ist nur auf Grund letzter Entscheidung gültig. Abrechnung innerhalb 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist, spätestens für jedes Jahr 31. Dez.

Berlin, den 13. Januar 1930

Uralzeff.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Drei Tage lang hat der preussische Untersuchungsausschuss den mysteriösen Russen Michael Alexander Uralzeff vernommen, dessen Name, wenn Sensationen sich an objektive Tatbestände hielten, genau so der Öffentlichkeit bekannt sein müsste wie die Namen Sklarek, Barmat oder Kutisker. Denn die zwanzig Millionen, mit denen Herr Uralzeff die Raiffeisenbank hereinlegte, übertreffen noch beträchtlich die Summen, die Barmat und Kutisker aus der See-handlung, die Sklareks aus der Stadtbank zogen. Und was die Anwendung von Theatercoups, lügnerischen Vorspiegelungen und Fälschungen anbelangt, so erscheint selbst der gegen Barmat viel schlimmere Kutisker neben Uralzeff als reiner Waisenknabe.

Das Ungeheuerlichste des Falles Uralzeff ist jedoch die geradezu phantastische Naivität und Leichtgläubigkeit, mit der die Raiffeisendirektoren - bekannte deutschnationale Parlamentarier - auf den russischen Abenteurer flogen. An Uralzeff ist alles nebelhaft. Selbst sein Name ist ungewiss. Vielleicht ist Alexander Uralzeff aus Jekatarinoslaw in Wahrheit, wie ein Rechtsblatt behauptet, der Kokainschieber Maljowski aus Reval. Wir wissen es nicht, aber die Raiffeisenbank hätte immerhin ein Interesse gehabt festzustellen, wer eigentlich der Mann war, mit dem sie Millionengeschäfte einging. Ihr genügte jedoch die Tatsache, dass Uralzeff am Stammtisch des deutschnationalen Verkehrslokals, des Weinhauses Pfuhl zu Mittag ass und mit dem Prokuristen Krause von der Raiffeisenbank Duzbrüderschaft getrunken hatte! Weitere Erkundigungen über Uralzeffs Persönlichkeit erschienen gegenüber so durchschlagenden Beweisen seiner "Zuverlässigkeit" überflüssig, zumal Uralzeff betonte, dass er griechisch-katholischen Glaubens und von den Bolschewisten wegen seiner gegnerischen Einstellung zum Tode verurteilt gewesen sei.

Ebensowenig wie nach Uralzeffs Person erkundigte die Raiffeisenbank sich nach der Art der Uralzeff'schen Geschäftsunternehmungen. Erst als Uralzeff bereits mit einem Dutzend Millionen festsass, kam der Direktor Schwarz auf die Idee, einmal bei Uralzeff anzufragen, was er denn eigentlich mit dem vielen Gelde angefangen habe. Nach langem Drängen erzählte Uralzeff etwas von einem "amerikanischen" und einem "russischen" Geschäft. Beide waren ungesetzliche Schiebereien, das eine verstieß gegen das amerikanische Alkoholverbot, das andere gegen das russische Aussenhandelsmonopol. Ahnungslos hatte die nationale Raiffeisenbank ihr Geld zu Schmugglergeschäften grossen Stils gegeben; oder vielmehr nicht ganz ahnungslos: hatte doch Uralzeff den Direktoren Seemann und Schwarz, wie diese vor dem Untersuchungsausschuss zugaben, oftmals gesagt, dass er für sein Russengeschäft grosse Summen zu Bestechungszwecken brauche. Und das deutschnationale Direktorium Dietrich-Seemann-Schwarz bewilligte Geld - auch hierfür!

Was sonst noch von Uralzeffschen Geschäften dem Untersuchungsausschuss bekannt geworden ist, betrifft Handel mit verschobenem Heeresgut und ebenso

verschobener Reparationsware. Die Lager, in denen diese Materialien aufbewahrt wurden, bildeten die "Sicherheiten" für die achtstellige Forderung der Raiffeisenbank, ähnlich wie seinerzeit das berühmte "Hanauer Lager" Kutiskers der Soehandlung für fünf Millionen bürgen sollte. Während aber Kutisker immerhin den Wert seines Lagers "nur" um etwa das zehnfache übertrieb, enthielten die Uralzeffschen Lager, als die Sache zum klappen kam, kaum 2 bis 5 Prozent der von Uralzeff angegebenen Werte! Das angebliche Morphinum in vielen tausend Kilo Menge erwies sich als verdünnte Morphinumlösung von 0,01 - dazu noch in einer nicht handelsüblichen Kriegspackung. Andere sehr seltene Medikamente und Edelchemikalien, von denen Uralzeff märchenhafte Quantitäten auf Lager haben wollte, fehlten gänzlich! Die Raiffeisenbank hatte auch niemals nachgesehen, ob sie vorhanden waren. Damit ist das Kapitel der Betrügereien Uralzeffs und der Leichtfertigkeiten der Raiffeisenbank keineswegs abgeschlossen. Da ist noch das berühmte Juwelenkästlein, das als Sicherheit für 900 000 Mark dienen sollte und dessen Inhalt beim Verkauf ganze 15 000 Mark Erlös brachte! Bei der Hereinnahme dieses Depotsverfuhr die Raiffeisenbank derart leichtsinnig - es wurde weder ein Verzeichnis der Schmuckgegenstände aufgestellt noch eine Abschätzung des Inhalts durch Sachverständige vorgenommen - dass Uralzeffs Behauptung, "sei Schatz müsse während der Lagerung auf der Raiffeisenbank bestohlen worden sein heute nicht widerlegt werden kann!

Aus dem oben erwähnten "Russengeschäft" erwartete Uralzeff nach seiner Angabe nicht weniger als 5 Millionen Mark Erlös. Papiere der russischen Handelsdelegation in Paris, die er als Belege hierfür der Raiffeisenbank vorlegte, ebenso Konossemente einer Reederei über die angeblich erfolgte Verschiffung der Ware nach Russland wurden nach dem Zusammenbruch Uralzeffs von den betreffenden Stellen als gefälscht erklärt. Dieser aber verschanzte sich sehr geschickt hinter dem illegalen Charakter seiner Russengeschäfte, indem er erklärte: offiziell müssten ihn die amtlichen Sowjetstellen verleugnen. Im Untersuchungsausschuss hatte man den Eindruck, dass infolge der tölpelhaften Leichtgläubigkeit der Raiffeisenbank auch hier der strafrechtliche Beweis gegen Uralzeff nur schwer zu erbringen sein wird.

Dass Uralzeff seinem Duzfreund, dem Prokuristen Krause, gelegentlich mit 80 000 Mark unter die Arme griff, sei nur nebenbei erwähnt als Kennzeichen der deutschnationalen Reinlichkeit. Das charakteristischste der ganzen Geschichte ist vielleicht die Art, wie Uralzeff die Bank ganz und gar in seine Hand bekam: er liess sich nämlich seinerseits absichtlich und gelassen von ihr - betrügen! Dies ist das Kapitel "Dampfwolle". Durch ein unredliches Zusammenspiel ihres Prokuristen Rathke mit dem Bankier Fabian war der Raiffeisenbank dieses Aktienpaket für den schwindelnd hohen Preis von 7 Millionen Mark angedreht worden. Erst nach dem Ankauf erfuhr die Direktion der Raiffeisenbank, dass das ganze Werk, die Ostpreussische Dampfwollwäscherei, kaum 1 bis 1½ Millionen wert war! Angstschlotternd suchte sie das Paket nun an Uralzeff loszuwerden. Dieser übernahm es auch für 6,8 Millionen, zahlte hiervon jedoch nur einen kleinen Teil, liess sich aber als Gegenleistung für seine grosszügige Gefälligkeit von nun ab eine Million Kredit nach der andern bewilligen! So war die Raiffeisenbank im Falle Uralzeff die betrogene Betrügerin!

Aber bei aller Unredlichkeit und Leichtgläubigkeit bleibt eins zu bewundern: die deutschnationale Regie, die von diesen Vorgängen der Jahre 1924/25 jahrelang nichts nach aussen hat bekannt werden lassen. Während im Lande draussen die Barmathetze tobte, erfuhr von Uralzeff kein Mensch - nicht einmal die Staatsanwaltschaft! Hier waren die grossen Korruptions-Staatsanwälte, die Kusmann und Caspari taub und blind, obwohl sie selber mehr als einmal durch Herrn Bacmeister Gäste der Pfuhl'schen Weinstuben gewesen waren, - eben des Lokals, wo die Betrüger Uralzeff, Thias u.a. mit den Raiffeisendirektoren um den deutschnationalen Stammtisch sassen. Wäre nicht nach Jahren - Ende des Jahres 1928 - der Staatsanwalt Schumacher bei einer ganz andern Strafsache auf den Fall Uralzeff gestossen, so würde ein Teil der Uralzeff'schen Taten heute wahrscheinlich strafrechtlich verjährt sein.

Heute führen die deutschnationalen Abgeordneten-Direktoren Dietrich und Seelmann zu ihrer Entlastung an die damaligen Zeitverhältnisse, den jähen Umschwung zwischen Inflation und Deflation, den anfänglich geringen Glauben an die Stabilität der Rentenmark, der gerade bei den deutschen öffentlichen Kassen herrschte! Das eben sind die Dinge, die seinerzeit die gleichen Leute nicht gelten lassen wollten, als es für sie galt, Barmathetze gegen die Sozialdemokratie und gegen die Republik zu treiben. Den reaktionären Korruptionsheuchlern wollen wir künftig nur den einen Namen entgegenschleudern: Uralzëff!

SPD. Genf, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Die faschistische Attentatspsychose hat hier am Montag zu einem glücklicherweise harmlos verlaufenen Vorfall vor dem Völkerbundssekretariat geführt. Der Eingangskontrolle fiel das zerstörte Wesen eines jungen Mannes auf, der nach 11 Uhr eine Eintrittskarte zu erlangen versuchte. Eine Untersuchung seiner Taschen förderte einen Revolver und über 100 Patronenhülsen zutage, aus denen die Kugeln entfernt waren. Der Verhaftete wurde als ein junger Schweizer aus Winterthur festgestellt. Er gab an, angesichts der vielen Zeitungsmeldungen über Genfer Attentatspläne auf den Gedanken gekommen zu sein, während der Sitzung des Rates ein paar blinde Schüsse abzugeben, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf das Studium der Krebskrankheit zu lenken, an der sein Vater sehr leide. Man nimmt an, dass diese Erzählung richtig ist und dass man es mit einem geistesgestörten Menschen zu tun hat.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Gegenüber den in der letzten Zeit in die Öffentlichkeit gedruckten Nachrichten von einem Abbruch oder einer Verschleppung der Besprechungen zwischen dem preussischen Staat und den evangelischen Kirchen und gegenüber den Meldungen über einen nahe bevorstehenden positiven Abschluss ist festzustellen, dass bisher nur unverbindliche Besprechungen zwischen den beteiligten Ressorts und den Vertretern der evangelischen Kirchen stattgefunden haben. Diese Besprechungen sollen als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen. Im Staatsministerium werden nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten die Richtlinien festgelegt werden, nach denen diese Verhandlungen zu führen sind. Alle Nachrichten, die im einzelnen darüber hinausgehen, geben ein unrichtiges Bild von der tatsächlichen Lage.

SPD. Washington, im Januar (Eig. Ber.)

Die Vereinigten Staaten und Mexico liegen sich in den Armen. Seit Porfirio Diaz' Zeiten wurden keinem mexicanischen Staatsmanne die Ehren erwiesen, die dem neugewählten Präsidenten Pascual Ortiz Rubio kürzlich bei seinem vier-tägigen Besuche in der Bundeshauptstadt zuteil geworden sind. Unter Hintansetzung strenger Etikettefragen und einer jahrhundertealten Tradition schuf Präsident Hoover durch seinen Gegenbesuch in der mexikanischen Botschaft einen Präzedenzfall. Die Regierungsapparatur spielt mit vollendeter Meisterschaft und überschüttete die Besucher mit grenzenlosen Ehren. Staatsbankette, Ehrendoktorate, feierliche Reden und stark unterstrichene Bruderliebe bildeten den Rahmen, der dem zuerst harmlos gemeinten Besuche des zukünftigen Präsidenten Mexikos in Washington die - von der Regierung gewollte - optische Vergrößerung verlieh.

Alles das ist schön und gut und es ist sicherlich im Interesse eines harmonischen Zusammenlebens der beiden amerikanischen Mächte zu begrüßen, wenn nachbarliche Freundschaften so offiziell unterstrichen werden. Noch vor kur-

zum Klang es unter der glorreichen Aegide von Calvin Coolidge und seinem Staatssekretär Kellogg, der sich in Lateinamerika den Ehrennamen des "nervous Nelly" reichlich verdiente, ganz anders. Da war Mexiko ein störendes Element, ein Nachbar, mit dem man mit harter Hand und väterlicher Strenge umspringen musste. Die letzten Jahre haben in dieser patronisierenden Auffassung einen langsamen Wandel gesehen, der in erster Linie dem amerikanischen Botschafter in Mexiko Morrow zu danken ist. Mit ungewöhnlich geschickter Hand, die alle äusserliche Brutalität vermissen lässt und dabei doch ganz genau weiss, wie man kapitalistischen Interessen die nötige Geltung verschafft, hat Morrow in Mexiko alles das durchgesetzt, was er haben wollte und wozu nur er als Morgans Partner geeignet erschien. Er hat, was psychologisch das wichtigste war, das ewig wache Misstrauen der Mexikaner eingeschläfert, ist ihnen in inneren Fragen und bei der Niederschlagung der letzten Revolten von ungeheurem Nutzen gewesen und gilt heute jenseits des Rio Grande als Mexikos bester Freund. Die Arbeit Morrows hat ein grossartiges Beispiel der Geschicklichkeit geliefert, deren sich die amerikanischen Machtgruppen zur Durchsetzung ihrer Ziele in unwilligen und misstrauischen Lagern zu bedienen wissen. Was den rauhen Manieren und dem Feldwebeltone früherer amerikanischer Botschafter nicht gelang, ist dem geliebten Geschäftsträger des amerikanischen Wirtschaftsimperiums in vollem Umfange in den Schoss gefallen. Die "friedliche" Durchdringung Mexicos ist nahezu vollbracht.

Ein kurzer Paragraph mag die gegenwärtige Lage Mexikos kennzeichnen. Zum dritten Male ist die Übertragung der politischen Macht in Mexiko friedlich vor sich gegangen, zweifellos unter dem Druck der im Hintergrunde stehenden Macht des Expräsidenten Calles, gleichzeitig aber ein sichtbares Bild wachsender politischer Einsicht und demokratischer Entwicklung in der südlichen Republik. Die Kirchenfrage ist trotz der immer wieder auftauchenden Gegensätze zwischen Staat und Kirche vorläufig beigelegt. Ihre Beilegung war zwar weniger die Folge vermeintlicher Bemühungen Morrows, der viel zu klug war, um sich an dem durch die Feindschaft von Jahrhunderten geschürten Feuer die Finger zu verbrennen, als vielmehr das nüchterne Ergebnis harter Notwendigkeiten, die einen provisorischen Friedensschluss zwischen den beiden Gegnern zu einer gebieterischen Notwendigkeit machten. Um so grösser war aber Morrows Verdienst um die Lösung des mexikanischen Petroleumproblems, das jetzt fundamental gelöst erscheint und als amerikanisch-mexikanische Kontroverse zu existieren aufgehört hat. Kurzum, der Amateurbotschafter Morrow, der frisch von seinem Bureau im Bankhause Morgan & Co. nach Mexiko fuhr, hinterlässt seinem Nachfolger in Mexiko ein Fundament, wie es selten ein Botschafter in einem fremden und von traditioneller Abneigung gegen die Vereinigten Staaten geleiteten Lande vorfindet. Es wird zweifellos vieler Dummheiten bedürfen, um dieses Gebäude bis in seine Grundfesten zu erschüttern.

In dem Problembündel amerikanisch-mexikanischer Beziehungen ist allerdings noch eine Frage unerledigt geblieben, die nicht leichtfertig beiseite geschoben werden darf. Das mexikanische Agrarproblem, in seiner ganzen Kompliziertheit aus den mittelalterlichen Zuständen Mexikos vor der Revolution gewachsen, hat bisher allen Lösungsversuchen Morrows hartnäckigen Widerstand geleistet. Dabei handelt es sich nicht so sehr um das mexikanische Agrarproblem als solches, das die Vereinigten Staaten an sich gleichgültig lassen kann, als vielmehr um die durch die Agrargesetzgebung enteigneten und aufgeteilten grossen amerikanischen Landbesitzungen, für die trotz aller Versprechungen bisher keine Entschädigungen gezahlt worden sind. Mexiko hat zwar ausdrücklich in seiner Verfassung die Verpflichtung zur Entschädigung anerkannt, aber bisher - ausser der Ausgabe praktisch wertloser Agrarbonds - nichts zur Ablösung dieser in die Milliarden gehenden Verpflichtungen getan.

Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt nun, dass auch hierin eine Wandlung bevorsteht. Calles und der kommende Präsident Ortiz Rubio haben Erklärungen abgegeben, die auf ein entschiedenes Eingehen der nächsten mexikanischen

Regierung gegenüber den amerikanischen Wünschen schliessen lassen und überdies einen ausgesprochenen Kurswechsel der mexikanischen Agrarpolitik mit ihrer bis herigen Aufteilung grosser Landbesitzungen andeuten. Zwar besitzt Mexiko kein Geld zur Bezahlung der Landschulden, aber da Calles sich bereits gegen den nächstliegenden Ausweg der Aufnahme von Agraranleihen im Auslande ausgesprochen hat, wird Morrow und die hinter ihm stehende amerikanische Verwaltung sicherlich nichts tun, was dem "grossen alten Manne" Mexikos wider den Strich geht. Der Teilhaber Morgans und unbedingte Vertrauensmann Hoovers hat andere Trumpfe in der Hand, von denen Anleihegewährung und Zahlung mexikanischer Agrarschulden die niedrigsten sind. Sein Herz steht nach mehr und es gibt nichts, worüber Morrow zur Durchsetzung seiner Ziele vom Weissen Hause über die Finanzgruppen von Wallstreet hinweg in den Vereinigten Staaten nicht gebieten kann. Am Ende seines Weges steht das Bankhaus Morgan & Co. als Treuhänder Mexikos, eines Mexiko, dessen zahlreichen internationalen Gläubigern das Herzen über einen solchen Garanten vor Freude lachen wird.

Mexiko ist in die letzte Phase einer zwangsläufigen Entwicklung getreten, die es in wenigen Jahren unter taktvoller amerikanischer Kapitalkontrolle zu einem sogenannten reichen Lande nach amerikanischem Prosperitätsmuster machen wird. Das amerikanische Kapital und sein Handlanger Morrow haben in Mexiko eine Leistung vollbracht, die vom Standpunkte des amerikanischen Präsidenten nicht hoch genug zu preisen ist. Was aber dabei für die werktätigen Massen Mexikos herauskommt, ist eine andere Frage.

SPD. Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Professor Dr. Becker ist vom Bundesvorstand des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands F.V. gebeten worden, dem Ehrenausschuss der von der Ortsgruppe Berlin des Bundes für Ende Februar d.J. geplanten künstlerischen Veranstaltung, die weitere finanzielle Mittel für die soziale Radiohilfe beschaffen soll, beizutreten. Minister Dr. Becker beabsichtigt der Bitte zu entsprechen.

SPD. Warschau, 13. Januar (Eig.Drahtb.)
Der Krakauer "Kurier" berichtet, dass nach Informationen aus massgebender Quelle die Zentrale der illegal arbeitenden polnischen kommunistischen Partei, deren ständiger Sitz bisher Zoppot bei Danzig war, nach Gleiwitz übersiedelt ist. Die Übersiedlung erfolgte angeblich um der steigenden Aufmerksamkeit der polnischen politischen Polizei zu entgehen.

SPD. Genf, 13. Januar (Eig.Drahtb.)
Der erste Sitzungstag der Tagung des Völkerbundesrates brachte mit einem Bekanntnis des deutschen und des polnischen Ratsvertreterers zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen einen hoffnungsvollen Auftakt zu den Versuchen, während der Ratstagung dem Liquidationsabkommen endgültige Form zu geben und eine Annäherung in bezug auf den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu finden.

Der polnische Aussenminister Zaleski eröffnete die erste öffentliche Sitzung in seiner Eigenschaft als Präsident des Rates mit einem warmen Nachruf auf Stresemann, in dem zunächst an Stresemanns Verdienste um den Völkerbund erinnert wurde. Zaleski betonte dann, dass er trotz aller Differenzen zwischen Deutschland und Polen stets den Mut geschätzt habe, mit dem Stresemann an dem Werk der allgemeinen Befriedigung mitgearbeitet habe. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten seien er und Stresemann stets darin einig ge-

wesen, dass der deutsch-polnische Ausgleich für die Sicherung des Friedens in Europa und für das Werk des Völkerbundes von ungeheurer Wichtigkeit sei.

Der Vertreter Deutschlands im Rat, Staatssekretär Schubert, dankte für den warmen Nachruf. Er entschuldigte Curtius, der in letzter Stunde verhindert worden sei, an der Ratstagung teilzunehmen, und dankte dann im besonderen für das Bekenntnis des polnischen Aussenministers zur deutsch-polnischen Verständigung. Schubert betonte ferner, dass auch der neue deutsche Aussenminister von der Wichtigkeit des deutsch-polnischen Ausgleichs überzeugt sei und sprach die Hoffnung aus, dass die warmen Worte des polnischen Aussenministers für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen eine günstige Atmosphäre geschaffen hätten.

Der öffentlichen Sitzung ging die übliche nichtöffentliche Sitzung voran, in der personelle und finanzielle Fragen behandelt wurden. In seiner Nachmittagsitzung erledigte der Völkerbundsrat Mandatsfragen in der Weise, dass man alle Entscheidungen aufschob. So wurde die Entscheidung über eine Kontrolle der Klagomauer wegen neuer englischer Vorschläge ebenso vertagt wie der Antrag der Mandatskommission, sie zum März zu einer aussergewöhnlichen Tagung über die Palästinaunruhen einzuberufen. England möchte erst den Bericht der eigenen Untersuchungskommission abwarten. Die Mandatskommission deutete in ihrem Bericht über Südwestafrika die Möglichkeit an, das Flaggengesetz von 1927, durch das Südafrika alle Deutschen Südwestafrikas zur Erwerbung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft zwang, vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Schubert protestierte gegen das südafrikanische Gesetz und unterstützte prinzipiell die Einholung eines Gutachtens im Haag. Der Rat begnügte sich jedoch mit der Bitte an die Mandatskommission, die Frage weiter zu beachten. Die Absicht Englands, das Mandat Irak selbständig zu machen, wurde von dem italienischen Aussenminister Grandi bemängelt, der das Mandatssystem als eine Möglichkeit für Italien, Kolonien zu erhalten, nicht abbröckeln lassen will und namentlich bei der Frage der Teilung des irakischen Petroleums mitsprechen möchte. Henderson stellte sich auf den Standpunkt, dass England und Irak keine Bedingungen, auch keine wirtschaftlichen, gestellt werden könnten, wenn sie sich über eine Neuregelung ihres Verhältnisses zueinander einig sind. Schubert begrüßte es, dass zum ersten Male durch Englands Vorgehen im Irak die Berechtigung eines Mandatsgebietes, unabhängig zu werden, anerkannt werde.

Aus den Verhandlungen ist noch eine Erklärung Hendersons bemerkenswert, nach der er dem Unterhaus bald nach seiner Rückkehr die Ratifikation der englischen Unterzeichnung der Fakultativklausel unterbreiten will. In dem Bericht des Internationalen Lehrfilm-Instituts wird die Vorlegung eines Abkommens über Zollfreiheit für Lehrfilme für eine der nächsten Ratstagungen angekündigt. Der von der dänischen Regierung auf der Septemberversammlung gewünschte Ausschuss zur Prüfung der Frage, wie eine schnellere Ratifikation der Völkerbundsabkommen erzielt werden könne, soll aus sieben Mitgliedern bestehen, die im Laufe dieser Ratstagung ernannt werden. Eine Stiftung des Wilson-Fonds von 25 000 Dollar wurde dem Baukomitee überwiesen.

Die direkten Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauscher, und dem polnischen Gesandten in Berlin, Knoll, die am Montag begonnen haben, werden in den kommenden Tagen fortgesetzt.

SPD. Paris, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Die französische Presse scheint nicht geneigt, dem Auftreten Schacht's im Haag übertriebene Bedeutung beizumessen oder sich in ihrer Zuversicht an ein baldiges befriedigendes Ende der Konferenz, das der "Intransigeant" z.B. einer Ausserung Jaspars folgend, bereits für Sonnabend ankündigt, erschüttern zu lassen. Selbst die Meldung des "Temps", wonach Schacht an den amerikani-

schen Bankier Reynold, den Vorsitzenden des Organisationskomitees der Internationalen Zahlungsbank ein Schreiben gerichtet haben soll, in dem er jede Mitarbeit an die Bank ablehnt, falls ihm nicht vorher hinsichtlich der in seinem bekannten Memorandum aufgeworfenen Forderungen (Mark-Abkommen mit Belgien, Liquidationsvertrag mit Polen usw.) Genugtuung gegeben werde, hat nicht vermocht, in Paris allzu grossen Eindruck hervorzurufen. Der "Temps" selbst erklärt aus der französischen Delegation nahestehenden Kreisen, dass, falls Schacht bei seiner ablehnenden Haltung bleiben sollte, die Haager Konferenz vertagt werden würde.

Der "Paris Midi" erklärt mit deutlicher Drohung, es sei bereits seltsam genug, dass Schacht bisher seine offizielle Zustimmung zur Teilnahme der Reichsbank an der Internationalen Reparationsbank verweigert habe. Man wisse bei ihm niemals, ob er nicht einen neuen Torpedierungsversuch gegen den Young-Plan im Auge habe. Aber Schacht habe ja den Youngplan selbst unterzeichnet, und man könne einem ernstesten Bankier, selbst wenn er politische Ambitionen wie Dr. Schacht habe, kaum zumuten, dass er seine Unterschrift einfach breche.

SPD. Die Verteidigung der Angeklagten im Tscherwonzenprozess, der am Montag weitergeführt wurde, hat eine grosse Ungeschicklichkeit begangen, indem sie in der Freitagsitzung den geheimnisvollen Antrag auf Ausschliessung der Öffentlichkeit stellte, damit eine amtliche Ehrenerklärung für Karumidze verlesen werden könne. Sie endete damit, dass die Verteidigung mit ihrem Antrag abrutschte. Inzwischen hat sich herumgesprochen, wer der Verfasser des Schreibens ist, das die Staatssicherheit so ungeheuer gefährdet hätte: es ist der bayerische General Kress von Kressenstein, der den georgischen Häftling an General Hoffmann empfiehlt. Das Reichswehrministerium kann diese Tatsache nicht ableugnen, versucht aber, jenen Brief dadurch als harmlos hinzustellen, dass es behauptet, er sei schon 1925 geschrieben, also lange vor der Tschervonzenfälschung.

Der Angeklagte Bell, dessen Vernehmung am Montag zu Ende geführt wird, befolgt eine höchst verschmitzte Taktik: eine Art Ermutigungsstrategie. Er tritt sehr dreist und unverfroren auf, rüpelte seinen Verteidiger, der 10 Minuten zu spät den Saal betritt und behandelt den Vorsitzenden und die Staatsanwaltschaft sehr von oben herab und merkwürdigerweise lassen diese Herren sich diese Manier geduldig gefallen. Mit den Händen in den Hosentaschen verhandelt Bell mit dem Richtertisch und muss einmal höflich darauf aufmerksam gemacht werden, dass es doch nicht angehe, während der Vernehmung eines Zeugen Zeitung zu lesen. Sein Nachbar, der Vaterlandsretter Weber, breitete ebenso unverfroren den "Völkischen Kurier" vor sich aus. Einmal, als der Vorsitzende ihn bei der Ehre packt und erwähnt, offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen, erwidert er: "das könne man von einem Angeklagten nicht verlangen. Im übrigen stehe er wegen Betrug vor Gericht und nicht wegen eines politischen Vergehens. Im nächsten Augenblick fährt er den Oberstaatsanwalt an: Man versuche immer wieder, ihm verbrecherische Beweggründe zu unterschieben, und dabei habe er doch nur aus politischen Idealismus gehandelt.

So bewegt er sich stets im Zickzack. Die Staatsanwaltschaft fordert die Verlesung eines Briefes, in dem Bell den Fabrikanten Rieger, den Kandidaten für den bulgarischen Konsulatsposten, um 500 Mark anschnorrt. Aber der Vorsitzende lehnt diese Verlesung ab. Bell verbreitet sich dann über die Ereignisse nach dem bulgarischen Abenteuer. Er bedauert es geradezu, dass Karumidze ihn nicht an der Tschervonzenfälschung hat teilnehmen lassen. "Wenn Herr Karumidze mich informiert hätte, hätten wir auch Tschervonzen gedruckt, aber dann stünden wir nicht hier." Er wird mit 15 000 Mark in der Tasche im Mai 1927 in den Kaukasus geschickt, weil die deutschen Bundesgenossen trotz aller Sympathie und Begeisterung dem Georgier nicht über den Weg trauen. 3000 Mark

hatte er bar in der Tasche und 12 000 in einem Kreditbrief. Das will er da unten verteilt haben. Was er für sich selbst verbrauchte, floss aus anderen Quellen. "Wenn ich eine Vergnügungsreise hätte machen wollen, wäre ich nach Paris gefahren oder an die Riviera und hätte nicht meine Stellung aufgegeben". Er war auf russischem Boden. "Das geht auch ohne Pass," meint er verächtlich. Das liest man doch schliesslich in jedem Roman, wie man das etwa macht." Auf Einzelheiten lässt er sich nicht ein: "Wir wollen doch beim Betrug bleiben".

Dann kommt der wunde Punkt. Der Angeklagte will dem Gericht weismachen, er habe nicht gewusst, dass die als Sicherheit nachzusendenden 1000 Tscherwonzen falsch waren. Dabei hat ihn Sadathieraschwili bei seiner polizeilichen Vernehmung schwer belastet. Er hat ausgesagt, dass Bell ihn gewarnt habe, dem Becker von der Unechtheit der Noten zu verständigen. Ausserdem wusste er genau, dass echte Tscherwonzen nicht in Sowjetrussland eingeführt werden dürfen. Dass die von Sadathieraschwili angekündigten Pakete kein Marzipan enthielten, dürfte er ebenfalls gewusst haben. Schliesslich war er ja selbst Feuer und Flamme für den Plan Tscherwonzen zu drucken. Karumidze windet sich wie ein Aal. Es nutzt nichts: er muss Bell vor dessen Abreise klare Weisungen gegeben haben. Kein Mensch im Saale glaubt diesem georgischen Abenteurer, diesem Desperado, seine Ahnungslosigkeit. Die Kette schliesst sich ganz von selber: er hatte seine Geldgeber wie Wurmbach und Thyrala erst mit "Kirchenschätzen" zu ködern versucht. Als das nicht mehr zog, sollte es mit falschen Banknoten weiter geführt werden. Und zuletzt als er ohne Mittel in Lausanne sass und die Polizei zugegriffen hatte, und als die Kumpanen mit "Guten Tag, Herr Falschmünzer" begrüsst wurden, sollte Rieger "Auslagen erstatten" mit 3000 Mark. Als Rieger sauer reagierte, musste Bell in das deutsche Vaterland zurück und sich verhaften lassen.

So war die Karre also wieder glücklich in einen ganz ordinären Schwindler und Hochstaplersumpf festgefahren, als die Verteidigung sie aber auf den politischen Boden herauszuzerren versuchte. Sadathieraschwili sollte nachweisen, dass das Unternehmen doch von lauterer Vaterlandsliebe diktiert war. Er begann sehr hoffnungsvoll damit, dass er schilderte, wie man sich in einem Pariser Restaurant getroffen und der junge Nobel sich bereit erklärt habe, den Georgiern beizuspringen, dabei aber energisch abgerückt sei von den deutschen Rechtspolitikern, deren Anschauungen als "Bierpolitik" verurteilt wurden. Schon war der General Hoffmann in Sicht, und da wurde der Vorsitzende nervös und blies ab. Schade....

SPD. Haag, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Eintreffen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haag hat pünktlich zu dem vielfach prophezeiten grossen Krach geführt. Schacht hat an den Vorsitzenden des Organisationskomitees für die Internationale Bank die schriftliche Erklärung gerichtet, dass sich die Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen voraussichtlich nicht beteiligen werde. Auf alle Fälle sei über Beteiligung oder Nichtbeteiligung noch ein Beschluss des Reichsbankdirektoriums herbeizuführen. Die deutsche Delegation, der die Erklärung Schachts nicht ganz unerwartet kam, beschloss, anstelle der Reichsbank für den Fall, dass diese endgültig ausscheide, eine Gruppe anderer deutscher Banken zu delegieren.

Bei den ausländischen Delegationen hat das Vorgehen Schachts wesentlich dazu beigetragen, die gereizte Stimmung gegen den Reichsbankpräsidenten sowie die Vorstellung, dass dieser doch eigentlich der leitende Mann Deutschlands sei, zu verstärken. Der Ärger über seine Quertreibereien ist um so grösser, als gerade am Montag sowohl in den finanziellen Fragen wie auch in der sogenannten Sanktionsfrage im wesentlichen eine Einigung erzielt worden war.

SPD. Der Strafrechtsausschuss des Reichstags beendete am Montag die erste Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Paragraph 11, der die Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens von Vereinen zulässt, deren Zweck den Strafbestimmungen des Gesetzes oder den Vorschriften des Strafgesetzbuches über den Hochverrat zuwiderläuft, wurde mit einem Zusatze angenommen, dass aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger des Vereins befriedigt werden können, wenn es zur Vermeidung von Härten, erforderlich erscheint.

Paragraph 12 bedroht denjenigen, der sich an einem aufgelösten Verein als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, ferner wer ein Abzeichen eines aufgelösten Vereins oder ein auf die frühere Zugehörigkeit zu ihm hindeutendes Abzeichen öffentlich trägt.

Paragraph 13 lässt die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung für den Fall zu, dass eine der im Republikenschutzgesetz oder in den Hochverratsbestimmungen und den im § 110 des Strafgesetzbuches bezeichneten strafbaren Handlung begangen ist.

Paragraph 14 sieht unter den gleichen Voraussetzungen die Zulässigkeit des zeitlich begrenzten Verbotes des Erscheines einer periodischen Druckschrift vor und bestimmt in einem Absatz 2, dass das Verbot einer Druckschrift auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte herausstellt, umfasst.

Paragraph 15 des Entwurfs wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag hin, dem sich die übrigen Regierungsparteien anschlossen, gestrichen. Er wollte das Verbot periodischer Druckschriften zulassen, die unter Duldung des Verlegers den Beziehern einer nach § 14 verbotenen Druckschrift für deren Ersatz zum Zwecke der Umgehung des Verbotes zugestellt werden.

Bei § 16, der die Strafbarkeit von Herausgebern, Verlegern, Druckern oder Verbreitern einer nach § 14 verbotenen Druckschrift bestimmt, erklärte die Regierung auf eine Anfrage des Abg. Landsberg (Soz), dass hierdurch nur vorsätzliche, nicht aber auch fahrlässige Handlungen getroffen werden sollen. Eine Strafbarkeit des technischen Personals oder von Personen, die beispielsweise als Stenographen oder Maschinenschreiber sich betätigen, fällt mithin nicht unter die Strafbestimmung.

Der letzte § (§ 17) lautet: "Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches ausser Kraft." Hier zeigte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Everling wieder einmal seine negativen Fähigkeiten, indem er die Streichung der Bestimmung beantragte. Die Folge der Annahme dieses Antrags wäre gewesen, wie Abg. Landsberg (Soz) feststellte, dass das Gesetz zwei Wochen nach der Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft und niemals ausser Kraft getreten wäre. Unter allgemeiner Heiterkeit gab Herr Everling zu, dass sein Antrag unlogisch sei und nahm ihn zurück.

Die Kommunisten leisteten sich das billige Vergnügen, die Wiederherstellung des sogenannten Kaiserparagraphen zu beantragen, der im Sommer vorigen Jahres dadurch zu Fall gekommen ist, dass die Kommunisten das ganze Republikenschutzgesetz und damit auch diese Bestimmung abgelehnt hatten. Abg. Landsberg (Soz) erklärte zu dem kommunistischen Antrag, dass die sozialdemokratische Fraktion, obschon sie die Republik durch die Anwesenheit der Mitglieder vormals regierender Familien auf deutschem Boden nicht für gefährdet erachte, für den Antrag stimmen würde, wenn er nicht unzweifelhaft verfassungsändernd wäre und deshalb einer Zweidrittelmehrheit bedürfen würde, die nicht zu erreichen sei. Sie werde sich deshalb der Stimme enthalten. Der kommunistische Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Antragsteller bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Wie die anderen Paragraphen wurde schliesslich auch § 17 angenommen, nachdem Abg. Emminger (B.V.) für die zweite Lesung einen Antrag in Aussicht gestellt hatte, das Gesetz spätestens Ende 1932 ausser Kraft treten zu lassen.

SPD. Paris, 13. Januar (Eig. Draht.)

Ein echtes Rembrandt-Gemälde, das "Porträt eines jungen Mannes" und ein zweites ausserordentlich wertvolles Bild aus raffaelistischer Schule, "Die Madonna des Herzogs von Alba" werden am Dienstag unter sehr interessanten Begleitumständen von der Pariser Zollverwaltung versteigert. Die beiden Gemälde stammen aus Russland und kamen per Postpaket vor vier Jahren in Paris an, ohne dass der Empfänger ermittelt werden konnte. Auch der Absender konnte nicht festgestellt werden. Da sich auf die Nachforschungen der Pariser Postbehörden nicht weniger als zwölf angebliche Besitzer meldeten, die jedoch sämtlich ihren Anspruch auf die Bilder nicht beweisen können, kommen beide Gemälde nunmehr unter den Hammer.

SPD. Wie sehr sich die Rechtsorganisationen - ob sie sich nun Stahlhelm, Schilljugend, nationalsozialistische Sturmabteilungen oder ähnlich nennen mögen - immer noch Plänen und Hoffnungen hingeben, den Staat von heute für ihre Zwecke umzugestalten, beweisen Mitteilungen neueren Datums über Pläne und Arbeiten dieser Organisationen. Man denkt z.Zt. zwar nicht daran, die Republik durch einen Putsch zu beseitigen, aber man rechnet damit durch intensive Kleinarbeit einflussreiche Faktoren der Republik für sich gewinnen, mit ihrer Hilfe, eines Tages die Verfassung ausser Kraft setzen und sich dann als Diktatoren über Deutschland erklären zu können. Vor allen Dingen hofft man Reichswehroffiziere zu sich herüberziehen zu können. Man versucht sie deshalb mit Vorträgen zu bearbeiten, die man bei gesellschaftlichen Zusammenkünften so "nebenbei" zu inszenieren versteht. So schrieb kürzlich ein Gauführer der Schilljugend im Rheinland über die in dieser Richtung geleistete Arbeit an einen seiner Gesinnungsfreunde, dass

"sein Vortrag beim Nationalsozialistischen Studentenbund guten Erfolg gehabt hat. Der Nationalsozialistische Studentenbund, dessen Führer in Bonn Mitglied unseres Bundes ist, hatte durch Anschlag in der Universität Dozenten und Korporationen eingeladen..... Neulich waren Herren vom Jungkonservativen Klub zu einem Tanz mit Reichswehroffizieren zusammen. Dort haben sie die ersten Verbindungen angeknüpft, die dann durch einen Vortrag mit fruchtbarer Aussprache später vertieft wurden...."

In einem Brief aus Berlin vom Juni 1929 teilt ein Führer einer rechtsradikalen Gruppe einem Freund in einem Bericht über die Arbeitsbesprechungen einiger Wochen mit, dass auf einer Tagung der Herrengesellschaft Übereinstimmung über die Methoden erzielt worden sei, mittels derer man von der gesellschaftlichen Seite her in das Reichswehroffizierskorps einzudringen versuche. So wie in Berlin sei unabhängig davon auch an anderen Stellen vorgegangen worden. Mit Genugtuung wird in dem Brief festgestellt, dass diese Versuche an verschiedenen Stellen bereits zu Erfolgen geführt haben. In einem anderen Bericht wird bestätigt, dass die Bestrebungen, in das Reichswehroffizierskorps einzudringen, von ganz ungewöhnlichen Erfolgen belohnt würden. Gerade in den jüngeren Kreisen der Leutnants und Oberleutnants seien die Gedanken der rechtsradikalen Organisationen auf fruchtbaren Boden gefallen.

Wir sind nicht geneigt, diese rechtsradikalen Bestrebungen in ihrer Bedeutung zu überschätzen. Sie sind jedoch bezeichnend für die Anschauungen, die in rechtsgerichteten aktivistischen Kreisen herrschen. Sie glauben auch heute noch, vor allem die Reichswehr für ihre politischen Pläne und Absichten

gewinnen zu können, weil sie der Annahme sind, dass in erster Linie im Offizierskorps der Reichswehr Geneigtheit und Bereitschaft herrscht, einst mit der radikalen Rechten gegen den heutigen Staat und gegen die republikanischen Parteien vorzugehen. Mit solchen Anschauungen allein ist natürlich nichts getan. Wir wissen andererseits jedoch, dass die Erwartung und Hoffnung der rechtsradikalen Gruppen, in der Reichswehr mindestens einen Machtfaktor des heutigen Staates zu sehen, der ihren Bestrebungen einmal mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen könnte, einen Antrieb für diese rechtsradikale Bewegung überhaupt bedeutet. Es ist deshalb an der Zeit, dass den aufgezeichneten rechtsradikalen Bestrebungen ein Riegel vorgeschoben wird und die Reichswehr von sich aus Wert darauf legt mit Vertretern politischer Gruppen, die dem heutigen Staat lieber heute als morgen den Garaus machen möchten, nicht mehr zu verkehren.

SPD. Seit längerer Zeit sind Verhandlungen der Angestelltenorganisationen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Gange, durch die eine Ausdehnung des Geltungsbereichs des Angestellten-Tarifvertrages auch auf die Angestelltengruppen, die heute noch dem Arbeiterlohntarif unterstellt sind, herbeigeführt werden soll. Da bei den Verhandlungen bis jetzt keine Einigung erzielt wurde, haben die Organisationen nunmehr den Reichsarbeitsminister gebeten, ein Schlichtungsverfahren gegen die deutsche Reichsbahngesellschaft einzuleiten.

Den Angestelltentarif hatten die Organisationen im April des vergangenen Jahres gekündigt.

SPD. London, 13. Januar (Eig.Drahtb.)

Der "Daily Herald" betont, dass die kommende Seeabrüstungskonferenz in London Gelegenheit bieten werde, etwas Definitives in der Richtung auf Verminderung der Rüstungen zur See zu unternehmen. Es sei notwendig, diesen Punkt zu unterstreichen, da gewisse Zeichen dafür sprächen, dass die Experten jede wirkliche Herabsetzung in der Kreuzerkategorie vermeiden und eine Stabilisierung des gegenwärtigen Zustandes durchzusetzen wünschten. Die britische Admiralität spreche von einer Bereitwilligkeit, die Kreuzeranzahl von 70 auf 50 herabzusetzen. Nach den amtlichen Aufstellungen betrage die Kreuzerstärke Grossbritanniens Ende 1929 jedoch nicht 70 sondern 54 und die vorgeschlagene Anzahl stelle eine völlig bedeutungslose Verminderung dar, die überdies die Anzahl der britischen Kreuzer über deren Stärke von 1926 oder 1927 zu stabilisieren suche. Dies stelle kaum den Geist dar, der einen Erfolg der Konferenz verspreche. Die Haltung der Admiralität beweiße, dass Ramsay MacDonald Recht gehabt habe, als er davon sprach, Abrüstung zur See müsse von Politikern und nicht von Fachleuten durchgeführt werden.

SPD. Sofia, 13. Januar (Eig.Drahtb.)

Am Montag nachmittag stürzte in Bukarest die Trockenanlage einer Ziegelfabrik ein. Alle in der Fabrik beschäftigten Arbeiter wurden von den Trümmern verschüttet. Bis gegen Abend konnte die Feuerwehr erst fünf Verschüttete bergen; darunter befand sich ein Toter.

Schon im vergangenen Herbst brach bei der gleichen Ziegelei ein Trockenraum ein, wobei mehrere Personen getötet wurden. Diese Zustände sind charakteristisch für den zurzeit in Bulgarien geltenden Arbeitsschutz.

SPD. Stuttgart, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Leiter der Gewerbebank in Schwäbisch-Gmünd G.m.b.H., Klaiber, sowie der Kassierer Huttelmaier, die die Bank durch unerlaubtes Börsenspiel, Gewährung von Krediten an flauere Kunden und Bilanzfälschungen schwer geschädigt haben, sodass eine Sanierung der Bank notwendig wurde, sind inzwischen festgenommen worden. Die Gewerbebank ist um nahezu 300 000 Mark betrogen worden. Nach Heranziehung der Reserven und Geschäftsguthaben verbleibt der Bank noch ein Verlust von 56 717 Mark.

SPD. Amsterdam, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Ein furchtbarer Nordweststurm hat in Holland grossen Schaden angerichtet. In Amsterdam trat der Sturm so stark auf, dass an drei verschiedenen Stellen der Stadt mehrstöckige Mietshäuser von den geängstigten Bewohnern geräumt werden mussten, da sie bedenklich zu schwanken begannen. In den Aussenstädten, wo sich zahlreiche Neubauten befinden, wurden hunderte von Dachziegeln wie Federn durch die Luft geschleudert und sehr viele Schaufenster eingedrückt. Ein Auto, in dem ausser dem Chauffeur zwei Personen sassen, passierte den viele tausend Kilogramm schweren Elevator der Amsterdamer Ballastgesellschaft gerade in dem Augenblick, als dieser donnernd zusammenstürzte. Der Geistesgegenwart des Chauffeurs war es zu danken, dass nur der hintere Teil des Wagens getroffen und niemand verletzt wurde. In Hengelo, im Osten des Landes, trat der Sturm so heftig auf, dass ein Haus zum Einsturz gebracht wurde. Die Bewohner konnten sich retten. In Delfried wurde eine Kornmühle umgeweht. Sie stürzte auf das Haus des Mühlenbesitzers. Die Bewohner konnten sich retten, während Wohnhaus und Mühle einen Trümmerhaufen bilden. Bei dem Leuchtturm Cocksdoorp strandete infolge des Sturmes der lettländische Dampfer Skauts, in unmittelbarer Nähe etwas später der italienische Dampfer Nocado. Die Mannschaft des italienischen Dampfers konnte sich in Booten retten. Dem lettländischen Dampfer suchte ein Rettungsboot bis Montag abend vergeblich Hilfe zu bringen. Nordwestlich der Insel Texel wurde ein steuerloses Schiff entdeckt. Im Kanal sanken drei Schiffe, darunter in der Nähe der Gemeinde Brakel der deutsche Schlepper W.T.A.G. Nr.76. Die Besatzung dieser Schiffe konnte gerettet werden.

Auf der elektrischen Linie Rotterdam-Haag wurde durch Bruch eines Leitungsdrantes zeitweilig der ganze Verkehr unterbunden. Auf der viel befahrenen Linie Rotterdam-Gouda trat eine Senkung des Eisenbahndamms ein, die sich über eine grosse Strecke ausdehnt und den ganzen Verkehr in Richtung Rotterdam-Utrecht und weiter nördlich lahmlegte. Die Störung wird erst in einigen Tagen behoben sein.

SPD. London, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Der furchtbare Orkan, der in den letzten Tagen in England herrschte und insbesondere in der Nacht zum Sonntag seinen Höhepunkt erreichte, hat nach den bisher vorliegenden Nachrichten nicht weniger als 14 Todesopfer gefordert. Viele Strassen sind infolge der zahlreichen umgestürzten Bäume unpassierbar; der Flugverkehr war zum Teil noch am Montag stillgelegt. Annähernd 200 Telefonleitungen sind gestört. Aus allen Teilen des Landes treffen Nachrichten über Verwüstungen und Sachschäden, insbesondere über Einstürze von Kaminen und Hausdächern, ein.

SPD. Budapest, 13. Januar (Eig.Drahtb.)

Die ungarische Regierung gab kürzlich die Aufdeckung einer grossen kommunistischen Verschwörung in Debreczin bekannt. Das sozialistische Zentralorgan "Nepszava" stellt jetzt dazu fest, dass es sich bei dieser Aufdeckung um eine Lüge gehandelt habe.

SPD. Die deutschnationale Abgeordnete des Preussischen Landtages Frau Ulbrich hat ihren Austritt aus der deutschnationalen Partei und Fraktion erklärt. In ihrem Schreiben an den Vorsitzenden des Berliner Landesverbandes stellt sie fest, dass es unmöglich sei, standesbewusste Arbeiter bei der deutschnationalen Partei zu halten. Nur mit solchen aber könne der Freiheitskampf des deutschen Volkes geführt werden. Sie glaube auf Grund ihrer Erfahrungen im Parteivorstand auch nicht, dass ein Führerwechsel jetzt noch Zweck habe. Sie hätte sich gerne Hugenbergs Führung anvertraut, wenn er wirklich geführt hätte. Er sei aber gar nicht der Führer der Partei, sondern die Partei werde geleitet von einem Kreise, der alles andere sei, nur nicht deutschnational.

SPD. Bukarest, 13. Januar (Eig.Drahtb.)

In Bukarest versuchten am Montag gegen Mittag etwa 100 Kommunisten, in das Stadtzentrum vorzudringen und ein Gebäude zu stürmen. 73 Demonstranten wurden verhaftet. In Jassy nahm die Polizei am Montag im Verlauf einer kommunistischen Demonstration 7 Anführer fest.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist - wie amtlich gemeldet wird - während der zweiten Dezemberhälfte um 340 000 auf 1 3/4 Millionen gestiegen.

SPD. Bukarest, 13. Januar (Eig.Drahtb.)

Am Montag brach in der Petroleum-Raffinerie Nores des Petroleumzentrums der Stadt Plösti ein riesiger Brand aus, der von grossen Explosionen begleitet war. Die Flammen schlugen etwa 200 Meter hoch; ungeheure Rauchsäulen stiegen gegen den Himmel. Mehrere 4000 Liter fassende Öltanks wurden von dem Feuer erfasst. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die Löscharbeiten gestalten sich äusserst schwierig. Die Feuerwehr befürchtet, dass die Feuersbrunst weiter um sich greift.

SPD. Dresden, 13. Januar (Eig.Drahtb.)

Am Montag nachmittag explodierte in der Füllstation der sächsischen Acetylen-Fabrik eine Stahlflasche. Die schweren Mauern des Gebäudes wurden glatt umgelegt. Das Dach wurde zunächst in die Höhe und dann auf den Boden geschleudert. Ein Arbeiter blühte sein Leben ein; zwei Arbeiter mussten schwerverletzt ins Krankenhaus geschafft werden.

SPD, Haag, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Allmählich werden Einzelheiten über die gefährliche Wendung bekannt, die die Konferenz infolge des Vorgehens von Dr. Schacht plötzlich genommen hat.

In der Sitzung des Organisationskomitees für die Internationale Bank, die eine reine Bankiersitzung unter dem Vorsitz des Amerikaners Reynolds war, verlas zunächst der Vorsitzende ein Schreiben, das er von Dr. Schacht vor einiger Zeit bereits erhalten hatte. Nach der einen Version soll das Schreiben vom 31. Dezember datiert sein, nach der anderen Version soll es am 13. Dezember gleichzeitig mit dem Schacht-Memorandum an die Reichsregierung abgeschickt worden sein. Es soll im wesentlichen besagen, dass die Reichsbank ihre Mitwirkung an der Bank für internationale Zahlungen von der Klärung der drei folgenden Punkte abhängig machen müsste: 1. Wiederherstellung des ursprünglichen Youngplanes an Stelle des durch die Haager Konferenz verfälschten Planes, 2. Ausschaltung aller Sanktionsmöglichkeiten unter dem Regime des Youngplanes, und 3. Regelung der Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Sinne der deutschen Forderungen. Angeblich soll sogar hinsichtlich des dritten Punktes das Schreiben die Wendung enthalten, dass sich Schacht nicht an einen Aufsichtsratstisch mit Leuten zusammensetzen könne, die das private Eigentum nicht respektierten.

Reynolds fragte den Reichsbankpräsidenten nach dem Verlessen des Schreibens wie er zu seinem Briefe stehe. Schacht antwortete kurz, dass er bei seinem Inhalt bleibe. Darauf entstand ein heftiger Wortschwall. Die Sitzung flog nach kaum dreiviertelstündiger Dauer unter allgemeinem Krach auf.

Die deutsche Delegation trat sofort zu einer internen Beratung zusammen und beschloss in einer für 7 Uhr abends anberaumten Sitzung vorzuschlagen, dass die Reichsregierung mit einem deutschen Bankkonsortium in Verbindung treten würde, das sich an Stelle der Reichsbank an einer Bank für internationale Zahlungen beteiligen soll.

Diesen Vorschlag unterbreitete Curtius den sechs einladenden Mächten. Als Tardieu gegen $\frac{1}{8}$ Uhr abends die Sitzung verlies, um sich zur Bahn zu begeben, erklärte er kurz, dass die Gläubigermächte diese deutsche Anregung annehmen. Es handle sich um einen Konflikt, den die Reichsregierung mit Dr. Schacht allein auszutragen habe und die Gläubigermächte nichts angehe. Den Gläubigern könne es gleichgültig sein, ob die Mitarbeit an der Internationalen Bank von den Reichsbank oder von einem anderen deutschen Bankkonsortium erfolge.

§-----

SPD. Hamburg, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Strassen zum Hamburger Hafen sind seit Montag teilweise von Hochwasser überflutet. Die Kellerwohnungen mussten infolgedessen von den Einwohnern geräumt werden.

Der Wellengang im Hafen ist so hoch, dass zwei Schuten, die eine mit Zinkerz und die andere mit Futterstoffen beladen, voll Wasser schlugen und sanken.

Das Sowjetparadies im Licht der Sowjetpresse.

Wie Stalin für seine Kinder sorgt.

SPD. Die "Donetzkijs Chleborob", Millerowo No. 80 vom 18. Dezember schreibt: "Eine Kommission der Jungkommunisten erhielt von dem Raykom der Partei den Auftrag die Kommunistische Jugendschule in Ternowa zu revidieren. Vor allem sprang eine furchtbare Armut und entsetzlicher Schmutz, sowie das Fehlen des Nötigsten in die Augen. Ein besonders trostloses Bild bietet das Internat. Die Fenster sind längst zerschlagen, statt der Betten sieht man einen Haufen Stroh. Oft sind Hunde und Schweine bei den Kindern zu Gast, die augenscheinlich kommen, um sich ein Leben anzusehen, das noch trostloser ist als das ihrige. Oft kann man solche Fragen von den Zöglingen hören: Warum schlafen wir auf Stroh? Warum können wir nicht leben, wie unser Leiter lebt? Während wir hier hungern sitzt in Moskau irgendwo ein Bürokrat und wirft seine Zigarettenreste in einen Aschenbecher, der hundert Rubel kostet."

Die Sowjet-Sklareks.

Die "Proletarskaja Mysli", Slatoust No 274 vom 30. Dezember schreibt: "Die Gerichtsverhandlung gegen die Beamten der Stadtbank in Saporoshje wurde beendet. Der stellvertretende Direktor, der oberste Kontrolleur und weitere 15 Beamte wurden zu verschiedenen Freiheitsstrafen verurteilt."

Die "Wetschernaja Moskwa", Moskau No. 287 vom 23. Dezember schreibt: "Im Makajewer Finanzapparat wurde das Zusammenarbeiten mit Privathändlern aufgedeckt. Auf der Anklagebank sitzen 45 Angeklagte, die der Überschreitung ihrer Befugnisse, der Fahrlässigkeit, und der Bestechlichkeit beschuldigt werden"

Aus der Industrie.

Die "Prawda", Moskau No. 300 vom 20. Dezember schreibt: "An einem einzigen Tage, am 1. Dezember wurden um 600 % mehr Gewindebohrer zerbrochen als gewöhnlich, weil das Werk Petrowskij schlechtes Eisen liefert. Viele Eisensorten enthielten 20 % Stahl, was dauernde Brüche zur Folge hatte. In der Giesserei z.B. gibt es bis 28 % Ausschuss, in anderen Abteilungen sogar bis 40 %. Ausser dem Petrowskij Werk liefern auch viele andere schlechte Ware. Die Taganroger Fabrik liefert z.B. 30 % unbrauchbare Petroleumrohre. Die Kominternfabrik liefert 50 % zuweilen sogar 100 % Ausschuss."

Die "Prawda", Moskau No. 297 vom 17. Dezember schreibt: "In den Gruben des Lugansker Kreises steht es mit der Kohlenförderung sehr traurig. Im Oktober und November wurden 8 000 ts weniger gefördert. Die Wrubbenmaschinen und Laufbänder sind beschädigt und zerbrochen. Das Leben der Arbeiter ist auch sehr traurig. Fünfzig Prozent der Arbeiter haben weder Bettwäsche noch Matratzen und liegen auf Pritschen. Es gibt einige Badestuben, aber keine Wasserleitung, obwohl das Gebäude schon seit 2 Jahren fertig ist."

Die "Komsomolskaja Prawda", Moskau No. 290 vom 27. Dezember schreibt: "Eine Prüfung der Bekleidungsfabriken hatte folgendes Ergebnis: 27 Kleidungsarbeiten wurden der Prüfung unterzogen. Es stellte sich heraus, dass 19 Kleidungsarten falsche Masse, falsches Verhältnis der Ärmel und Rücken u.s.w. aufweisen. Tatsächlich sehen die Sachen ebenso lächerlich wie grotesk aus. Hunderttausende nötige Gegenstände sind verdorben. An den Hosen ist das eine Bein schwarz, das andere blau. Eins ist um 3 - 4 cm kürzer als das andere."

Aus der Landwirtschaft.

Die "Trud" Moskau No.300 vom 29. Dezember schreibt: "Es wird gemeldet aus Twer. Die Vorbereitungen zur Frühjahrskampagne gehen sehr schlecht. Als die Maschinen in die Dörfer gesandt werden sollten, stellte sich heraus, dass sie nicht repariert waren.

aus Kursk: Jetzt macht sich schon ein Mangel an Getreidereinigungsmaschinen bemerkbar.

aus Rybinsk: Die Vorbereitung für die Frühjahrssaat kann jetzt erst beginnen und bisher sind noch keine Reparaturwerkstätten vorhanden.

aus Aschchbad: Die Vorbereitung zur Frühjahrssaat kann noch nicht beginnen, bis heute ist noch kein Operationsplan für die Saatkampagne vorhanden."

So berichtet die Sowjetpresse, so sieht es in Wirklichkeit im Sowjetparadies aus! Trotzdem kennt die Verlogenheit der kommunistischen Presse Deutschlands, die nur über Kinderglück, über das paradiesische Leben des Arbeiters, über ungeheuerere Fortschritte in der Industrie und Landwirtschaft Russlands zu berichten weiss, keine Grenzen.

Schacht und das Ausland.

(Von unserm Pariser Korrespondenten.)

SPD. Paris, 13. Januar (Eig. Bericht)

"Le Docteur Schacht", wie die französische Presse den Reichsbankpräsidenten nennt, muss einmal im Lichte des Auslandes gezeigt werden. Da ist zu sagen: Wenn die französische Reaktion einen Preis für jenen angesetzt hätte, der ihr in diesen Wochen und besonders im Haag am besten dient, so würde zweifellos Herr Schacht mit zehn Pferdälängen durchs Ziel gehen. Da ist die heute einflussreichste französische Zeitung, der "Temps", das Blatt des Herrn Tardieu, das die reaktionären französischen Sanktionsforderungen mit folgenden Worten unterstreicht: "Ein Abkommen (wie der Youngplan) erfordert das grösste Vertrauen, und wenn dies heute noch nicht so vorhanden ist, dass man die elementarsten Vorsichtsmassnahmen gegen die möglichen Überraschungen versäumen könnte, (wenn das so ist), liegt die Schuld bei den Deutschen, an seinen Nationalisten, die die Atmosphäre jenseits des Rheins vergiften, und an dem persönlichen Manöver des Herrn Schacht, das eine besonders delikate und schwierige Lage für die Delegation geschaffen hat, die im Haag im Namen eines Deutschland sprechen und handeln muss, dessen Regierung geschwächt ist durch den hinter den Kulissen von dem Präsidenten der Reichsbank, "dem ungekrönten Kaiser des Reiches", ausgeübten Druck!"

Gewiss! Der "Temps" ist das offizielle Blatt der französischen Rechtsregierung, und ohne den Fall Schacht, würde der "Temps" dennoch Sanktionsforderungen vertreten. Um die Gründe wären aber Herr Tardieu wie sein Sprachorgan verlegen gewesen. Herr Schacht hat es ihnen sehr leicht gemacht; sowohl Briand gegenüber wie Snowden. Dieser Herr Schacht war Berater beim Youngplan, er hat ihn mitverfasst und mitunterschrieben. Wenn dann ein Mann, von der Stellung des Präsidenten der Reichsbank, kurz vor der Hugenberg'schen Volksabstimmung gegen den Youngplan, den deutschen Nationalisten die Schafe in den Stall zu treiben versuchte und den Hitler und Seldte zuproestet, Reichstag und Regierung zwingt, Beschlüsse umzuwerfen, Minister stürzt, die Haager Delegation unter sein Diktat zwingen will, das Ansehen der Regierung im In- und Ausland aufs schwerste schädigt und kompromittiert, wenn sich das der erste Wirtschafts- und Finanzbeamte eines Staates gestattet, dann sind es nicht allein die französischen Nationalisten, die allen Grund zum Jubel haben und nicht allein die

deutschen Verständigungspolitiker, die beschämt zur Seite blicken müssen. Herr Schacht hat die französische Linke wie alle europäischen Verständigungsfreunde in eine Sackgasse manövriert. Er hat der europäischen Reaktion neue Waffen geliefert, er hat in der Sanktionsfrage die Anhänger des Friedens entwaffnet. Mit einem Wort: an politischer Schlaueit und Begabung kann Herr Schacht Herrn Hugenberg die Hand reichen.

Der "Temps" und die französische Rechtspresse stehen nicht allein auf weiter Flur in ihrem Urteil über Herrn Schacht und seine Politik. Die Presse der Linken denkt und schreibt nicht anders. "L'Oeuvre" sagt es, ein Blatt, das ausserordentlich stark pazifistisch eingestellt ist. "Le Soir" sagt es, eine Zeitung, die z.B. die Streichung sämtlicher Kriegsschulden und Reparationen fordert und es ist niemand anders als die bekannte "L'Ere Nouvelle", in der am 10. Januar zu lesen stand: "Wir wünschen, dass das Deutsche Reich begreife, dass es mit der Methode Stresemann viel gewonnen, und dass es mit der Methode Schacht alles zu verlieren hat!"

Deutschland ist eine Demokratie. Es hat eine dem Parlament und dem Volk verantwortliche Regierung. Herr Schacht aber sitzt hinter den Kulissen, raubt der Regierung und dem deutschen Volk jedes Vertrauen, er herrscht wie einst Ludendorff im Grossen Generalstab und er kann sich von jeglicher Verantwortung drücken. Er verweigert Anleihen und zieht den Städten den Hals zu, er klagt Minister, staatliche und städtische Verwaltungen an, alles nur im Interesse der Sparsamkeit und eines geordneten Haushaltes. Er hadert im Verein mit Seldte-Hitler-Hugenberg mit dem Ausland, alles um die deutschen Zahlungsfähigkeit. Wie er sich jedoch bei der Fürstenabfindung verhalten hat, das weiss das Ausland nicht minder gut, und mag Herr Schacht finanzpolitisch hundertmal recht haben, man glaubt ihm nicht, man traut ihm nicht, er gilt als ein ehrgeiziger Agent der deutschen Monarchisten und Militaristen, und ob die Auslandspresse links steht oder rechts: "Die Manöver des Herrn Doktor Schacht" sind die ständig wiederkehrenden Artikelüberschriften.

Der Präsident der deutschen Reichsbank hat das politische Vertrauen zu Deutschland und dem deutschen Volke stark erschüttert und viel mühsam gepflegte und keimende Saat zertreten. Herr Schacht sollte wissen, dass politisches Vertrauen zugleich wirtschaftlichen und finanziellen Kredit bedeutet. Da er dieses Abc der Wirtschaft und der Finanzpolitik nicht kennt, wäre es höchste Zeit, ihm Gelegenheit und Musse zu geben, es zu lernen. Es ist des Schadens genug!

Ein toter Kommunist im Prager Senat.

SPD. Ein Mann, namens Johann Douda, kehrte nach dem Kriege nicht heim und hiess auch sonst nichts von sich hören. Seine Frau hielt ihn für verschollen und ersuchte das Kreisgericht in Budweis um einen Totenschein für ihren Mann, damit sie als Kriegswitwe eine Rente beziehen konnte. Ihrem Gesuch wurde stattgegeben, sodass der Häusler Johann Douda aus Silber-Skalitz ab 1. Januar 1918 amtlich als tot gilt. Eines Tages, lange nach Kriegsschluss, erschien Douda bei der Gendarmerie seines Heimatsortes und ersuchte unauffällig nachzuforschen, ob und wo seine Frau lebt. So kam die Sache an den Tag. Da Douda bei den letzten Wahlen für die kommunistische Partei in den Senat gewählt wurde, ist dieser lebende Leichnam der einzige amtlich bestätigte Tote in den Parlamenten der Welt.

Aus aller Welt

25 Millionen unterschlagen!

Die Riesengaunereien beim türkischen Papiergeldumtausch.

SPD. Als im Winter des Jahres 1927 das ottomanische Papiergeld gegen republikanische türkische Banknoten umgetauscht wurde, die sich, da beide gleich ungedeckt sind, im Werte nicht voneinander unterscheiden, verzeichnete die türkische Staatskasse einen derartig grossen Eingang an alten Noten, dass der Verdacht einer riesenhaften Unterschlagung entstand. Eine Kommission zur Untersuchung des Falles wurde eingesetzt und nach ihrem ersten vorläufigen Bericht müssen Beträge von mindestens 25 Millionen Mark auf bisher noch keineswegs aufgeklärte Weise unterschlagen worden sein.

Die Staatskasse hat damit rechnen können, dass etwa für 135 Millionen t. Pfd. Noten zum Umtausch eingereicht werden würden. Die ursprüngliche Emission hatte 160 Millionen t. Pfd. betragen, 12 Millionen t. Pfd. Noten waren mit den Jahren als abgenutzt zum Umtausch bereits eingereicht worden, und mindestens 10 Millionen t. Pfd. Noten konnten nach den Kriegsjahren 1919/22 und den Bränden mehrerer grosser türkischer Städte als verloren angenommen werden. Es wurden aber 158 Millionen t. Pfd. Noten eingereicht und tatsächlich ausgetauscht, also 10 Millionen t. Pfd. mehr, als überhaupt im Umlauf gewesen waren, selbst wenn nicht eine einzige Note vernichtet oder verloren gegangen sein sollte.

Die Untersuchungskommission hat über diesen rätselhaften Fall bisher festgestellt, dass die Beamten der türkischen Staatsschuldenverwaltung in den letzten Jahren des Sultanats wie in den ersten Jahren der Republik den grössten Teil der ihnen zum Umtausch eingereichten abgenutzten Noten unterschlagen und heimlich wieder in Verkehr gebracht haben. Da nachweislich allein bei dem Brande von Smyrna Millionen von Noten in Bankdepots verbrannten, muss das Wiedereinverkehrrbringen der bereits eingezogenen Noten mehrfach erfolgt sein. Welche Beamte die Unterschlagungen begangen haben, konnte bisher nicht zweifelsfrei festgestellt werden, und so weit ein positiver Verdacht besteht, wird er natürlich nicht öffentlich geäussert.

Ein eigentümliches Licht wirft die Angelegenheit auf den ehemaligen Unterstaatssekretär für Finanzwesen Hassan Fehmi Bej, der für die 1927 erfolgte Manipulation des Geldumtausches verantwortlich war. Als nämlich die subalternen Beamten die Nummern der später verbrannten alten Ottomanischen Noten aufzeichnen wollten, hat Hassan Fehmi sie daran gehindert, indem er dies als für keineswegs nötig erklärte. Da die Noten, mit denen der Riesenbetrug geschehen ist, heute vernichtet und ihre Nummern nirgendwo verzeichnet sind, ist es wahrscheinlich, dass sich die Defraudanten nicht mehr feststellen lassen und dass sich der türkische Staat mit einem Schaden von wenigstens 25 Millionen Mark wird abfinden müssen.

+ + +

Die verschleierte Dame im Räuberauto.

Erfolgreiche Gegenwehr eines siebzigjährigen Kassenboten.

Am Montag mittag wurde auf den 70jährigen Kassenboten der Berliner Zentralbank, Otto Ruthe, der gerade Geld von der Reichsbank geholt hatte, Unter den Linden Ecke Oeberwallstrasse ein räuberischer Ueberfall verübt. Der Verbrecher ent

stieg einem gelblackierten Auto und machte zunächst den Versuch, dem Boten die Geldtasche zu entreissen. Der Bote wehrte sich, woraufhin der Räuber versuchte mit einem Schlagring die Hand Ruthes zu verletzen. Als auch das nicht gelang, versuchte er sein Opfer niederzuschlagen. Passanten wurden auf den Vorfall aufmerksam und eilten dem Bedrohten, der trotz heftiger Schmerzen seine Aktentasche, die mehrere tausend Mark enthielt, nicht losliess, zu Hilfe. Als der Verbrecher sich in Gefahr sah, schwang er sich eilends wieder in das elegante Privatauto, in dem noch eine verschleierte Dame sass, und fuhr davon. Man konnte noch die Nummer des Autos lesen: I A 18 472. Die polizeilichen Feststellungen ergaben, dass diese Nummer gefälscht ist. Der Wagen I A 18 472 gehört einem Berliner Motorradhändler in der Grossen Frankfurterstrasse, sieht grau aus und stand zur Zeit des Ueberfalls in der Garage.

Orkan über der Nordsee. An der Nordseeküste rast seit Sonntag Abend wieder ein Orkan. Unaufhörlich dröhnen Böllerschüsse, die Sturmfluten ankündigen. Im Gebiet der Elbniederungen werden Uberschwemmungen befürchtet. Mehrere Schiffe auf See haben Schlagseite bekommen-

Ein Dach fliegt weg! Am Montag wüteten orkanartige Stürme über Berlin. Kurz vor drei Uhr nachmittags rief der Alarm "Hauseinsturzgefahr" die Feuerwehr nach der Herzbergstrasse in Berlin-Lichtenberg, wo der Sturm auf der Oelhalle der Bewag (Berliner Elektrizitätswerke A.G.) eine Dachfläche von 250 Quadratmeter abgedeckt hatte. Die Fläche wurde auf das Dach einer Montagehalle getrieben.

Trockenlegung der Nordsee? Nach einer englischen Zeitungsmeldung ist von deutschen Ingenieuren ein Plan ausgearbeitet worden, demzufolge ein Teil der Nordsee im Umkreis von 300 000 Quadratkilometern, also ungefähr im Umfang Italiens, trockengelegt und durch einen Deich von 720 Kilometer Länge und 90 Meter Höhe von der übrigen Wasserfläche getrennt werden soll. Die Deichlinie ist von der englischen Norfolkküste bis zur dänischen Skagerrak-Küste geplant, während ein zweiter Deich von Scheveningen nach der englischen Küste hinüberlaufen soll. Sinn des Projekts, das in der Oeffentlichkeit bereits vor eineinhalb Jahren diskutiert worden ist, ist die Schaffung von Raum für etwa 20 Millionen Menschen. Die Sache klingt utopisch, aber schliesslich nicht unmöglich.

Aufgehobener Visumzwang. Ab 1. Juni 1930 soll der Visumzwang im Reiseverkehr zwischen Ungarn und Oesterreich, sowie zwischen Deutschland und Italien aufgehoben werden.

20 Mann ertrunken. Das Marineschleppschiff "St. Genny" ist zufolge einer Meldung der Londoner Admiralität in einem schweren Sturm nordwestlich von Ushant (Südwestengland) untergegangen. Von der 25-köpfigen Besatzung sind 20 Mann einschliesslich des Kommandanten ertrunken.

Wilderer als Mörder? Einen von Wilderern ausgeführten Mord vermutet man bei dem Rittergutsbesitzer Anger-Coith, dem 25jährigen Majoratsherrn des Rittergutes Eytbra bei Leipzig, der im Walde tot aufgefunden worden ist. Anger-Coith ist erst seit kurzer Zeit verheiratet.

In Pesten nichts Neues. Die Papageienkrankheit ist keine Neuheit, sondern, wie jetzt festgestellt wird, bereits zwischen 1905 und 1908 wiederholt in Berlin und Paris aufgetreten, ohne dass damals sehr viel von der Seuche hergemacht worden wäre. Auch in jenen Jahren verliefen einige der Krankheitsfälle tödlich.

Auf dass uns nichts fehle.... Am 20. Januar wird Maurice de Waleffe, der Organisator der Internationalen Schönheitswettbewerb, in Berlin eintreffen, wo er im Hotel Kaiserhof die Wahl der Miss Germany leiten wird. Eine Jury von 50 prominenten Deutschen wird hier assistieren. De Waleffe ist der Präsident des Pariser Schönheitskomitees, das in diesem Jahre die 20 000 Dollar-Preise der Stadt Rio de Janeiro verteilen wird.

+ + +

Entlassung der Gebrüder Sass. Am Montag sind die beiden Brüder Franz und Erich Sass, die des Tresorverbrechens am Berliner Wittenbergplatz stark verdächtigt aber nicht überführt sind, wieder aus der Haft entlassen worden. Ihre Festnahme erfolgte Ende der vergangenen Woche im Flur eines Hauses in der Birkenstrasse in Moabit, nachdem vorher auf dem Luisenkirchhof am Eingang eines unterirdischen Stollens zwei Männer beobachtet worden sind, die man für die Brüder Sass hielt. Die Polizei konnte aber den verdächtigen Brüdern, die sich bei ihren Vernehmungen standhaft ausschwiegen, weder die tatsächliche Identität mit den nächtlichen Kirchhofsbesuchern noch sonst eine strafbare Handlung nachweisen.

+ + +

Eine Schwachsinnige erstochen. In einer Wiener Vorstadt ist eine 31 Jahre alte schwachsinnige Hilfsarbeiterin ermordet aufgefunden worden. Das Opfer hat zwei schwere Schläge auf den Kopf und sieben Stiche erhalten. Man nimmt an, dass es sich um einen Lustmord handelt. Vom Täter fehlt jede Spur.

+ + +

Vermisstes Mädchen. Die achtjährige Tochter des früheren Mühlenbesitzers Bernhard Raabe in Alt-Reetz in der Neumark reiste ab Neurüdnitz am ersten Weihnachtstagsfeiertag nach Berlin, wo sie Verwandte besuchen sollte, aber bis heute nicht eingetroffen ist.

+ + +

Glänzend organisierte Zugräuberei. Die polnische Polizei kam in Nowy Sonez auf die Spur einer ausgezeichnet organisierten internationalen Bande von Zugräubern, die seinerzeit in der Nähe von Lemberg die Frau des rumänischen Unterstaatssekretärs Moldavani beraubt hatten. Die Zentrale der Bande, die sich in Berlin befinden soll, erhielt über jeden verübten Überfall einen genauen Bericht, sowie einen grossen Teil des geraubten Bargeldes. Die Verbrecher bedienten sich starker Betäubungsmittel. Bis jetzt sind zwei Mann festgenommen.

+ + +

Religionskult, der ins Wasser fiel. Am orthodoxen Epiphania haben die Stambuler Griechen seit mehr als 1500 Jahren das Fest der Wasserweihe in der Weise begangen, dass der orthodoxe Klerus in feierlicher Prozession zum Bosphorus zog und dort ein geweihtes Kreuz ins Meer warf. Dem Kreuze sprangen sofort Taucher nach. Derjenige, der das Emblem heraufholte, zog mit ihm zu allen griechischen Familien der Stadt, die ihn reich beschenkten. Diese Feier hat die Stambuler Stadtpräfektur in diesem Jahre ohne jede Angabe von Gründen verboten. Die Griechen feierten daher die Wasserweihe dadurch, dass sie das Kreuz in Botische auf den Höfen ihrer Kirchen warfen, woraufhin die Zeremonie des Heraufholens pro forma in der alten Weise begangen wurde.

+ + +

21 700 Mal Aerger. Nach einer Feststellung von Professor Carson in Rochester gibt es für Aerger nicht weniger als 21 700 verschiedene Ursachen. Es ist weiterhin statistisch festgestellt, dass Frauen sich viel leichter und mehr ärgern als Männer: Männer mehr im Alter von 40 Jahren an, Frauen schon von 30 an. Dass sich bei der Lektüre dieser Nachricht mehr Frauen als Männer ärgern, ist als sicher anzunehmen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Freche kommunistische Verleumdungen.

Wie steht's mit dem Hamburger Gewerkschaftshaus?

SPD. Unter der Alarmüberschrift: "Riesenkorrption der Hamburger SPD" stellte die kommunistische "Hamburger Volkszeitung" dieser Tage verlogen und dreist die Behauptung auf, der Geschäftsführer des Hamburger Gewerkschaftshauses, Karl Odenthal, habe 267 000 Mark veruntreut. "Die SPD-Instanzen", so schrieb das kommunistische Blatt wörtlich, "geben offiziell als Summe bereits 267 000 Mark Unterschlagungen an. Odenthal ist bereits als Geschäftsführer entlassen."

Diese Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Der verantwortlich Redakteur der "Hamburger Volkszeitung" wird Gelegenheit bekommen, für seine Behauptungen beim ordentlichen Gericht einzustehen. Das Hamburger Kommunistenblatt weiss nur zu gut, dass bei der gerichtlichen Nachprüfung seiner Behauptungen sein Schwindel elend zusammenbrechen muss. Allein das macht ihm keine Sorgen. Es opfert gerne den "Verantwortlichen", weil es glaubt, bis zum gerichtlichen Nachweis seiner Ehrabschneiderei mit der frechen Verleumdung politische Geschäfte machen zu können.

Wie steht es mit dem Hamburger Gewerkschaftshaus? Wie jeder andre Betrieb so hatte auch die Gewerkschaftshaus G.m.b.H. im vergangenen Jahr unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden. Die Auswirkung dieser Verhältnisse war beim Gewerkschaftshaus umso drückender, als es anschliesslich auf Bevölkerungskreise angewiesen ist, die von der Arbeitslosigkeit und den übrigen Wirtschaftsschwierigkeiten ganz besonders heimgesucht wurden, nämlich auf die Arbeiterschaft. Dieser Umstand brachte Mitte des vergangenen Jahres eine grosse Illiquidität der Gewerkschaftshaus G.m.b.H. Die Gesamtverwaltung hielt es für notwendig, eine Revision durch die Gesellschaft für Vermögenswahrung und - Verwaltung m.b.H. vornehmen zu lassen. Die Revision erstreckte sich auftragsgemäss auf die Führung der Buchhaltung, auf die Kalkulation, auf die Unkosten und Verwaltungsquoten und auf die Frage der Rentabilität. Mit welcher Gründlichkeit die Prüfung von der beeidigten Treuhandgesellschaft vorgenommen wurde, zeigt die Tatsache, dass die Revision fast sechs Wochen in Anspruch nahm. Der Revisionsbericht brachte folgende Klarstellung: Es sind keine lei Handlungen festgestellt, aus denen sich ergeben könnte, dass Mitglieder der Verwaltung unehrenhafte Handlungen begangen oder sich persönliche Vorteile verschafft hätten. Wo gegenteilige Behauptungen aufgestellt werden, handelt es sich um böswillige Verleumdungen.

Die Illiquidität belief sich bei Abschluss des Revisionsberichtes auf rund 150 000 Mark. Sie war auf folgende Momente zurückzuführen: allgemeine Wirtschaftslage, Unrentabilität der Filialbetriebe, Uebersetzung des Personalbestandes und ähnliche mit dem Betrieb sowie mit der allgemeinen Wirtschaftslage verbundene Begleiterscheinungen. Auch der Umstand, dass im vergangenen Jahre die Säle des Gewerkschaftshauses, die viel Zinsen und Unkosten verursachen, so gut wie gar nicht für Kongresse benutzt wurden, hatte auf das vorläufige Geschäftsergebnis ungünstig eingewirkt. Der Revisionsbericht gab der Verwaltung Veranlassung, sofort eine Reorganisierung des Betriebes durchzuführen mit dem Ziel der Wiederherstellung der Liquidität ohne Inanspruchnahme fremder

Hilfe und ohne Erhebung von Extrabeiträgen durch die Gewerkschaften. Um die Betriebskosten kräftig zu senken, wurde durch Verständigung mit den zuständigen Gewerkschaften und dem Betriebsrat eine Umstellung und Verminderung des Personalbestandes durchgeführt. Die Filialen wurden auf eigene Füße gestellt. Sie müssen sich jetzt selbst erhalten; der bisherige Zuschuss, der im verflossenen Jahre rund 25 000 Mark betrug, kommt in Wegfall. Die Personalverminderung und Umstellung erstrecken sich auch auf die Geschäftsleitung. Mit dem System des hauptamtlichen Geschäftsführers wurde gebrochen. Das konnte um so leichter geschehen, als der bisherige Geschäftsführer Odenthal von sich aus bereit war, zurückzutreten.

Gegenüber den Angriffen von kommunistischer Seite kann der Öffentlichkeit die erfreuliche Tatsache mitgeteilt werden, dass die Finanzschwierigkeiten des Hamburger Gewerkschaftshauses ohne fremde Kapitalien aus eigener Kraft behoben worden sind. Die von dem Hamburger Kommunistenblatt aufgestellte Behauptung, dass "Privatkapitalisten zur Stützung des Hauses herangezogen worden seien, und dass infolgedessen bestimmte Verpflichtungen hätten übernommen werden müssen, ist also ebenfalls erstunken und erlogen.

SPD. Breslau, 13. Januar (Eig. Drahtber.)

Der Prozess der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Breslau gegen die "Schlesische Zeitung" brachte dem Blatt, das sich in der Hetze gegen die Krankenkassen im Laufe des letzten Jahres ganz besonders hervorgetan hat, die verdiente Züchtigung. Der verantwortliche Redakteur Fritzsche muss seine Beschuldigungen restlos zurücknehmen. Von seinen Behauptungen blieb lediglich übrig seine rein private Ansicht, dass er die Ausgaben der Kasse für Bauten für zu hoch halte.

Das Verhältnis zwischen den Ärzten und der Ortskrankenkasse ist, wie die Zeugenvernehmung ergab, durchaus gut. Die Kassenbeiträge wurden 1927 ermässigt und seitdem nicht erhöht. Ueber das Bauvorhaben waren sämtliche Vorstandsmitglieder unterrichtet. Alle Beschlüsse sind einstimmig gefasst und von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden.

SPD. In der schlesischen Textilindustrie sind bei den Verhandlungen über den Manteltarif und über das Arbeitszeitabkommen Differenzen entstanden. Für die schlesische Textilindustrie besteht seit dem 1. Juli des vergangenen Jahres kein Manteltarifvertrag mehr. Die Gewerkschaften hatten den für den Manteltarif gefällten Schiedsspruch abgelehnt; die Arbeitgeber hatten den Spruch zwar angenommen, jedoch keine Verbindlichkeit beantragt. Das Arbeitszeitabkommen ist von den Gewerkschaften zum 31. Dezember 1929 aufgekündigt worden. Für einen neuen Manteltarifvertrag und für ein neues Arbeitszeitabkommen sind dem schlesischen Arbeitgeberverband vor kurzem Entwürfe zugestellt worden.

Die in der vorigen Woche stattgefundenen Verhandlungen brachten kein positives Ergebnis. Die Unternehmer lehnten jedes Verhandeln über den Manteltarif ab. Sie verlangten, dass nur über das Arbeitszeitabkommen verhandelt werde. Diese Forderung konnten sich die Gewerkschaften nicht anschliessen. Sie verlangten ihrerseits, dass zunächst über den Manteltarif und dannerst über das Arbeitszeitabkommen, das der Ziffer B des Manteltarifvertrages entspringe, beraten werde.

Die Unternehmer haben nach dem Scheitern der Verhandlungen ein beschleunigtes Schlichtungsverfahren für das Arbeitszeitabkommen beantragt. Der Schlichter hat diesem Wunsch Rechnung getragen und für Donnerstag Verhandlungen angesetzt. Die Gewerkschaften haben ebenfalls einen Antrag auf ein beschleunigtes Schlichtungsverfahren und zwar für den Manteltarifstreit beim Schlichter gestellt. Ueber diesen Antrag wird, wie aus der Einladung des Schlichters hervorgeht, gleichfalls am kommenden Donnerstag verhandelt werden.



Abnehmender Fleischverbrauch.

(1 Million Schweine weniger.)

SPD. Der Fleischverbrauch in Deutschland erreichte nach dem Kriege im letzten Vierteljahr 1928 mit etwa 14,32 kg pro Kopf seinen Höhepunkt. Er machte in derselben Zeit des Jahres 1913 etwa 13,20 kg, im Jahre 1926 nicht ganz 12,70 kg und im Jahre 1927 ungefähr 14,20 kg aus. Seitdem ist eine Verminderung des Fleischverbrauchs vor sich gegangen. Er betrug im dritten Vierteljahr 1929 nicht ganz 12,25 kg. Wenn man die Altersverschiebungen in Deutschland berücksichtigt, hat schon im 3. Vierteljahr 1929 der Verbrauch je Kopf der fleischverbrauchenden Bevölkerung unter Vorkriegsstand gelegen. Dem entspricht die Lage auf den Märkten. Die Zahlen liegen für das Jahr 1929 nur bis einschliesslich November vor. Sie ergeben für die 38 bedeutendsten Schlachtviehmärkte vor allem einen Rückgang im Schweineauftrieb.

	1928	1929
	(für die Zeit von Januar bis November auf 38 Schlachtviehmärkten.)	
Schweine	6 081 834	5 193 590
Rindvieh	1 331 927	1 405 145
Kälber	1 343 961	1 392 124

Das grössere Angebot von Rindvieh ist zweifellos auf die Umstellung in der Landwirtschaft von der Fleischproduktion auf Milchproduktion zu erklären, die eine beschleunigte Ausscheidung von Rindern bedingt. Dadurch erklärt sich ja auch die Preisentwicklung auf dem Rindermarkt, die wir als Rinderkrise bezeichnen. Ausschlaggebend in der Entwicklung ist, dass der Schweineauftrieb in der Zeit von Januar bis November im Jahre 1929 fast um 900 000 Stück unter dem Vorjahrsstand zurückblieb. Berücksichtigt man den Dezemberauftrieb mit seiner anormalen Marktbeschickung nach Weihnachten, dann kann man wohl folgern, dass 1 Million Schweine weniger auf den Markt gekommen sind. Darin spiegelt sich die Abnahme des Fleischverbrauchs von 14,32 kg pro Kopf im 4. Vierteljahr 1928 auf 12 kg im zweiten Vierteljahr 1929 und 12,24 kg im 3. Vierteljahr 1929 wieder.

Auf den Märkten wirkten zwei Tendenzen gegeneinander: Betrachtet man die Marktbeschickung in den einzelnen Monaten, so lässt sich eine Zunahme der Zufuhren gegen Herbst und Jahresschluss feststellen. Es scheint, dass die Produzenten aus Furcht vor einem Preisverfall im Jahre 1930 (der aber nach Darlegung von Fachleuten vorläufig nicht eintreten dürfte) sich in grösserem Ausmass zum Verkauf entschlossen haben. Das grössere Angebot hat aber die Preisbildung kaum beeinflusst.

	1928	1929
	(Schweinepreise im Monatsdurchschnitt auf den 12 grössten Schlachtviehmärkten in Millionen Mark)	
Januar	55 - 58	75 - 77
März	52 - 55	78 - 80
Juli	62 - 70	86 - 89
Oktober	75 - 78	87 - 89
November	75 - 78	82 - 84

Der Monatsdurchschnittspreis hat sich seit Juli über dem Stand von 80 Mark gehalten. Und hier zeigt sich die andere Tendenz. Die Schweinepreise blieben

hoch, während sich der Reallohn der breiten Massen senkte. Das wirkt sich natürlich auf den elastischen Bedarf, auf die blosse Lebenshaltung, aus und zwar in erster Linie auf die Fleischnahrung. Es ist schon richtig, wenn die Landwirtschaft und die Wirtschaftspolitik einem Verfall der Schweinepreise und einer Schweinekrise durch Anpassung des Angebots an die Marktlage entgegenwirken wollen. Die Politik hat augenscheinlich bereits in den letzten Monaten Erfolg erzielt. In ihrem Endziel wird diese Politik jedoch gefährdet, wenn der Bedarf an Fleisch infolge abbröckelnder Kaufkraft fortwährend sinkt. In diesem Stadium stecken wir heute und die Fragestellung auf dem Schweinemarkt wird sicherlich in den nächsten Monaten nicht mehr lauten, wie man das Angebot an den Bedarf anpasst, sondern wie ein hinreichender Bedarf durch genügende Kaufkraft erzielt werden kann.

SPD. Welche ausgefallenen Kniffe und Tricks die Brauereien zum Verstecken ihrer Gewinne anwenden, zeigt in sehr anschaulicher Weise die Bilanz der Elberfelder Wicküler-Küpper Brauerei. Die Steigerung des ausgewiesenen Reingewinnes von 700 000 auf 800 000 Mark und der Dividende von 12 auf 14 Prozent halten sich in einem für Brauereien bescheidenen Verhältnis, Bei näherer Prüfung der Bilanz sehen die Dinge aber erheblich anders aus.

Zunächst lässt der nach Abzug sämtlicher Unkosten erzielte Rohgewinn von 1,8 Millionen eine Steigerung der Profite um 50 Prozent erkennen. Diese aber verschwinden grösstenteils in den Abschreibungen, die von 670 000 auf 1,3 Millionen heraufgeschraubt, also glatt verdoppelt wurden. In diesen Abschreibungen ist aber, wie die Verwaltung im Jahresbericht selbst zugeben muss, ein Posten von 650 000 Mark für den sogenannten Delkredere-Fonds bestimmt. Dieser Fonds, der bei Unternehmungen allgemein üblich ist, dient zur Deckung von Verlusten, die bei Zahlungsausfällen der Kundschaft entstehen, er ist also ein typischer Reservefonds.

Es bleibt das Geheimnis der Verwaltung, wie man die Aufspeicherung von Reserven über Abschreibungen laufen lassen kann. Vielmehr müssen diese 650 000 Mark dem Reingewinn zugerechnet werden, der sich damit auf über 30 Prozent des Kapitals erhöht. Hoffentlich wird die Steuerbehörde diesen krassen Fall, der nur ein Beispiel für viele ist, zum Anlass nehmen, um sich die Abschlüsse der Brauereien mit ganz besonderer Sorgfalt anzusehen.

SPD. Der Zentralausschuss der Reichsbank hat am Montag aus der Lage der internationalen Geldmärkte und schliesslich auch aus dem Stand der Haager Konferenz den erforderlichen Schluss gezogen und den Reichsbankdiskont von 7 auf 6,5 % mit Wirkung vom 14. Januar 1930 ermässigt. Die Entwicklung des deutschen Reichsbankdiskonts gehen wir nach Stichtagen in folgender Zusammenstellung wieder: 31. Dezember 1924 = 10 %, 30. Juni 1925 = 9 %, 30. Juni 1926 = 8,5 %, 31. Dezember 1926 = 6 %, 31. Dezember 1927 = 7 %, 30. Juni 1929 = 7,5 %, 31. Oktober 1929 = 7 %, 14. Januar 1930 = 6,5 %.

Die Entwicklung liess eine Herabsetzung des deutschen Diskonts schon lange angebracht erscheinen. Die Reichsbank hat aber schliesslich Rücksicht auf England genommen, wo die erwartete Herabsetzung aber in voriger Woche unterblieben ist. und auch auf die Lage des deutschen Geldmarktes, der ja bekanntlich von ausländischen Anleihen so gut wie abgesperrt ist. Nach einer Steigerung der Kreditbeanspruchung bei der Reichsbank gegen Jahresende, die sich in Grenzen hielt und sich aus den besonderen Verhältnissen erklärt, trat aber im neuen Jahr eine starke Erleichterung ein. Das ergibt sich aus einem Vergleich des Statuts der Bank vom 11. Januar 1930 mit dem vom 7. November 1929, dem Tag der letzten Diskontermässigung.

7. November 1929 31. Dezember 1929 11. Januar 1930
 (in Millionen Mark)

Gesamte Kreditgewährung bei der	7. November 1929	31. Dezember 1929	11. Januar 1930
Reichsbank	2494	3191	2280
Notenumlauf	4450	5044	4375
Zahlungsmittelumlauf	6093	6622	5887
Gold und deckungsfähige Devisen	2596	2686,7	2688
Deckung der Noten	57 %	43,3 %	60 %

Der leichten Tendenz einer Besserung in unserer Wirtschaft wird die Diskontermässigung sicherlich zum Vorteil gereichen. Allerdings sind ähnlich günstige Bedingungen für die andere Voraussetzung einer Belebung in unserer Wirtschaft, die Heranziehung von langfristigen Auslandskapital, infolge der unbegreiflichen Politik der Beratungsstelle d.h. des deutschen Reichsbankpräsidenten nicht gegeben.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie machte am Montag nähere Angaben über den Plan eines europäischen Automobilblocks. Es handelt sich dabei um den an sich gesunden Gedanken einer europäischen Zollunion in der Automobilindustrie, der leider in den Plänen des Reichsverbandes dadurch verzerrt wird, dass man die Einfuhr fremder Wagen in unnatürlicher Weise hemmt, dadurch schliesslich die Preise noch mehr steigert und so eine Motorisierung Deutschlands unterbindet.

Nach dem Plan des Reichsverbandes soll jedes Land ein bestimmtes Kontingent an Automobilen und Automobilteilen zu den niedrigsten Zollsatz (75 Mark pro 100 kg) nach Deutschland einführen dürfen. Die über das Kontingent hinausgehenden Mengen sollen aber mit einem zu erhöhenden (autonomen) Zollsatz (300 Mark pro 100 kg) verzollt werden. Dieser Satz entspreche den Zöllen in Frankreich, Italien und Oesterreich. Das höchste Kontingent, das Deutschland einem Land bewillige, käme auf Grund der Meistbegünstigung allen anderen Ländern zugute, mit denen wir Handelsverträge haben, auf Grund des deutsch-amerikanischen Vertrages von 1923 auch den Vereinigten Staaten. Hinsichtlich der amerikanischen Einfuhr legt der Reichsverband nun dar, dass Amerika sein Kontingent ausnützen könne, was den anderen Ländern kaum gelingen würde. Das nennt der Reichsverband eine "Besserstellung Amerikas". In Wirklichkeit dürfte durch eine solche Regulierung die amerikanische Autoeinfuhr auf ein Minimum beschränkt werden.

Die deutsche Automobilindustrie hat schon seit längerem über die ange-deuteten Pläne mit den Automobilindustrien anderer europäischer Länder verhandelt. Ein entsprechendes Abkommen ist bereits mit der italienischen Industrie im September 1929 in Thurin vereinbart worden. Belgien hat sich im Dezember mit dem deutschen Vorgehen solidarisch erklärt. Im Anfang November 1929 ist man zu grundsätzlichen Abmachungen in Paris gekommen, wo Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Oesterreich und die Tschechoslowakei vertreten waren. Zwischen der französischen und deutschen Auffassung sollen jedoch Differenzen bestehen und zwar deshalb, weil Frankreich zu schärferen Massnahmen neigt als Deutschland.

In seinen Darlegungen wendet sich der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie u.a. auch gegen die Befürchtung, dass durch die geplanten Massnahmen die Inlandspreise für Automobile steigen könnten. Das wird bestritten, da zu sei der Konkurrenzkampf auf dem kleinen innerdeutschen Markt viel zu gross. Mit der Rationalisierung allein könne man auch die Preise nicht senken. Sie müsse durch Marktsicherung ergänzt werden. Wenn damit zu rechnen sei, wäre die Frage eines Zusammenschlusses in der deutschen Automobilindustrie spruchreif. Für diesen Fall habe die deutsche Automobilindustrie wertvolle Zusicherungen allererster Wirtschaftsführer hinsichtlich einer tat- und kapitaalkräfti-

gen Mithilfe erhalten. Die Darlegungen des Reichsverbandes können unsere Befürchtungen hinsichtlich der Preisentwicklung nicht zerstreuen. (Wir kommen auf den Plan eines europäischen Automobilblocks eingehend zurück. Red.)

SPD. Der Aufsichtsrat der Ferngas Niederschlesien A.-G. hat jetzt endgültig die Linienführung für die Ferngasleitung Waldenburg-Hirschberg festgelegt. Sie führt vom Juliusschacht in Waldenburg über Weisstein, an den Waldheimstatter vorbei am Hochwald herum über Rothenbach-Schwarzwaldau-Landeshut-Schmiedeberger Pass-Steinseiffen nach Warmbrunn. Die Vergebung der Arbeiten soll demnächst erfolgen. Mit den Erdarbeiten wird sobald es die Witterung erlaubt, möglichst schon Anfang März, begonnen werden. Die Inbetriebnahme ist für den 1. Juli 1930 in Aussicht genommen.

SPD. Die Preussische Elektrizitäts A.-G. (Preag) hat den Aktienbesitz des hessischen Freistaats an der Hefrag (Braunkohlen-Schwelkraftwerk Hessen-Frankfurt A.-G.) übernommen. Hessen erhält dafür 4,2 Millionen Mark Preagaktien. Die Zustimmung des hessischen Landtages steht noch aus. Der Anteil der Stadt Frankfurt an der Hefrag ist schon früher auf die Preussische Elektrizitäts-A.-G. übergegangen.

Die Hefrag hat vor allem im vorigen Jahr ein Schwelkraftwerk in Betrieb gebracht, das auch den anfallenden Koks für die Elektrizitätserzeugung benutzt. Die wirtschaftlichen Aussichten sind, wenn das Werk rationell betrieben wird, wofür alle Voraussetzungen vorliegen, äusserst günstig. Ausserdem wird durch den Verkauf die ganze Energieversorgung im main-hessischen Industriebezirk vereinheitlicht. So wird z.B. Oberhessen in das Versorgungsgebiet der Preag einbezogen.

SPD. Die Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte in Breslau nahm am Sonntag zu dem deutsch-polnischen Handelsvertrag eine Entschliessung an, in der es heisst: Die Versammlung erklärt, dass die in Schlesien und in Breslau zur Zeit herrschende schwere Wirtschaftskrise eine Folge des Zollkrieges mit Polen ist. Schlesiens Industrie und Handel seien eines sehr grossen Teils ihres natürlichen Absatzes-Gebietes beraubt; deshalb müsse die Reichsregierung mit allen Mitteln auf den möglichst baldigen Abschluss eines Handelsvertrages mit Polen und damit auf die Oeffnung der polnischen Grenzen für die deutsche Ware hinarbeiten. Ebenso wie es im Interesse der zur Zeit eine schwere Krise durchmachenden polnischen Wirtschaft, besonders Landwirtschaft liegt, die Grenzen nach dem Westen für ihre Produktion zu öffnen, ist die Frage des Abschlusses des Handelsvertrages mit Polen für die schlesische und insbesondere Breslauer Wirtschaft eine Lebensfrage.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(13. Januar).

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,90 - 2,20, Rote und Odenwälder Blaue 2,10 - 2,50, gute Industriekartoffeln gesucht, andere gelbfleischige Kartoffeln 2,70 - 3,10, Nierenkartoffeln 3,80 - 4,20 Mark, Fabrikkartoffeln 8 $\frac{1}{2}$ -9 Pfennige je Stärkeprozent.

Freundlicher!

(Getreidebörse vom 13. Januar).

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeigte am Montag freundlichere Stimmung. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen im Durchschnitt um 1 - 1,25 Mark höher und konnten sich bei kleinem Geschäft auch weiter gut behaupten. Am Lokomarkt war das Inlandsangebot speziell an Weizen sehr klein. Da die Mühlen gutes Kaufinteresse zeigten, konnten sich hier die Preise um etwa 2 Mark befestigen. Auch für den reichlicher angebotenen Roggen waren die Forderungen teilweise um 2 Mark höher gestellt, konnten aber nicht durchgesetzt werden. Immerhin wurde auch prompter Roggen um eine Mark höher bewertet. Unbeeinflusst blieb das Mehlggeschäft, das sich weiter sehr schleppend gestaltete. Die Forderungen der Mühlen waren dabei unverändert. Auch Hafer war stärker angeboten, das Kaufinteresse ist weiter gering geblieben und nur die kleineren Qualitäten fanden guten Absatz.

	<u>11. Januar</u>	<u>13. Januar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 248 $\frac{1}{2}$	246 - 250
Roggen	161 - 163	162 - 164
Braugerste	184 - 200	184 - 200
Futter- und Industrierogerste	165 - 172	165 - 172
Hafer	140 - 151	140 - 150
loco Mais Berlin	173 - 174	173 - 174
Weizenmehl	30,00 - 35,50	30,00 - 35,50
Roggenmehl	22,25 - 25,75	22,25 - 25,75
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	9,25 - 9,75	9,25 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 267 (Vortag 266), Mai 278 $\frac{1}{2}$ -278 $\frac{3}{4}$ (277 $\frac{1}{2}$), Roggen März 182 $\frac{3}{4}$ -183 (181 $\frac{3}{4}$), Mai 195-195 $\frac{1}{2}$ (193 $\frac{3}{4}$), Hafer März 158-157 (159), Mai 168-166 (167).

SPD. Metallmärkte für die Woche zum 13. Januar: Die Londoner Notiz für Standardkupfer zeigt eine Kursaufbesserung von ca. 1 $\frac{1}{2}$ englischen Pfund. Die von manchen Kreisen gehegte Hoffnung auf eine Ermässigung der amerikanischen Elektrokupfernotiz trat Anfang des Jahres nicht ein. Deshalb schritten viele Verbraucher zu Eindeckungen grösseren Umfanges. Die Umsätze in Kupfer liegen gegenwärtig höher als in der letzten Zeit des vergangenen Jahres. Die Preise für die übrigen Metalle blieben unter kleineren Schwankungen fast unverändert. Auf den Altmetallmarkt liegt Nachfrage nach Kupfer- und Messingmaterialien vor.

Unverbindliche Notierungen an der Berliner Metallbörse am Wochenende:

Elektrolytkupfer wire bars	M 170,25	Hüttenroh-zink	M 37,50/39,50
Raffinadekupfer 99 %	M 137,25/138,50	Remeltedzink	M 36.--/38.--
Reinnickel 98/99 %	M 350.--	Hüttenweichblei	41,25/42,50
Hüttenaluminium 98/99 %	M 190/194.--	Hartblei je nach	
Zinn Banka od. Austral	M 375/ 385.--	Qualität	M 45.--/48.--
		Antimon-Regulus	59.--/63.--

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 13. Januar 1930

Eine Wohnung wird geräumt.^x

SPD. Am Ende der Stadt, dort, wo der Bahndamm mit einem scharfen Strich einer weiteren Ausdehnung Einhalt zu gebieten scheint, stand vor kurzem noch ein altes Häuschen. Schon vor einigen Jahren war der kleine Vorgarten mit den Rosenstöcken und Nelkenbüschen der Strassenverbreiterung zum Opfer gefallen. Aber immer noch rankte sich der Weinstock am Haus empor und bedeckte in jedem Frühjahr das Häuschen mit neuem Grün. Vom Frühling bis in den Herbst hinein lachten von den Fensterbänken blühende Blumen in Töpfen mit grünen Papiermanschetten. Hier wohnte der alte Schuster Müller mit seiner Frau. Sei ihrem Hochzeitstage wohnten sie hier. Die Kinder waren hier gross geworden. Zwei prächtige Burschen waren es gewesen. Der eine war nicht mehr vom Kriege zurückgekommen. Er liegt irgendwo in Frankreich. Der zweite hatte in der Heimat keine Arbeit mehr finden können und war nach Südamerika ausgewandert.

In der letzten Zeit war es beunruhigend still im Hause geworden. Der alte Schuster Müller, der sonst immer von früh bis spät lustige Melodien zu pfeifen wusste, war nicht mehr zu hören. Er sass oben in der Wohnstube und blickte verstört vor sich hin. Immer wieder schob er die Brille zurecht und las von neuem das Schreiben, das vor ihm auf dem Tische lag.

Herrn Wilhelm Müller, hier.

Da Sie mit der Miete schon über drei Monate im Rückstand sind, habe ich heute Räumungsurteil gegen Sie erwirkt und ersuche Sie zum letzten Male, die Wohnung bis spätestens nächsten Ersten zu verlassen. Im übrigen soll das Haus auch im kommenden Frühjahr abgerissen werden, sodass die Wohnung sowieso geräumt werden müsste.

Hochachtungsvoll

Karl Schrenk, Bauunternehmer.

"Mutter", wandte sich der Schuster Müller zu seiner Frau, die in dem Lehnstuhl am Fenster sass und still vor sich hinweinte, "Mutter, ich sag' dir, ich gehe nicht raus aus der Wohnung. Fünfunddreissig Jahre lang haben wir hier gelebt. All unsre Freude, all unser Leid haben wir unter diesem Dache erfahren. Und jetzt will man uns rauswerfen. Haben denn die Menschen gar kein Herz mehr für Andere?"

"Wilhelm, wenn nur der Bub wieder was schicken würde! Mit den fünfzig Mark monatlich und deiner Altersrente sind wir grad' so durchgekommen. Wie sein Freu uns verraten hat, ist er krank. Gott, wenn's nur nicht schlimm ist! Er selbst wollt' es uns garnicht wissen lassen, damit wir uns keine Sorgen machen. Wenn der Bub nur da wäre!"

"Ja, Mutter, und jetzt noch diese Sorge dazu. Ich halt's nimmer aus."

Es klopfte an die Türe. Da niemand Antwort gab, öffnete der Ankömmling, ein Arbeiter in mittleren Jahren, selbst die Türe und trat ein. "Guten Abend, Schuster Müller! Was ist denn los mit euch?"

Wortlos schob ihm der Alte den Brief hin.

"So'ne Gemeinheit! Jetzt, mitten im Winter, schickt man dir den Wisch. Da musst du gleich in den nächsten Tagen nach einer neuen Wohnung sehen. Aber reichlich teuer sind sie in den Neubauten. Seitdem die Zwangswirtschaft gelockert ist, werden die Herren immer übermütiger. Ich hab's dir doch schon hundertmal gesagt. Ihr kleinen Handwerker wisst nicht, wo ihr hingehört. Ihr

bildet euch ein, ihr wäret keine Proleten, und doch fressen euch die Geldsäcke mit Haut und Haaren auf, genau so wie uns."

"Du hast recht. Ich sehe es so langsam ein. Erst haben sie mich durch die Inflation um meine Spargroschen betrogen, und jetzt wirft man mich aus der Wohnung, weil die Hütte nicht genug einbringt. Aber jetzt ist es zu spät für mich. Ich kann nicht mehr anders denken lernen."

"Ach was! Zu alt ist niemand. Nur den Kopf hoch! Such' dir eine neue Wohnung, und wenn's nicht anders geht, musst du dir eben die Miete von der Fürsorge zahlen lassen."

"Nein, das tu' ich nicht."

"Na, dann eben nicht. Bist halt immer noch der gleiche Dickkopf. Wenn ich dir irgendwie helfen kann, tu ich's gerne. Gute Nacht!"

Der Besucher verliess kopfschüttelnd das Haus. "Wenn der Alte nur keine Dummheiten macht!"

Einige Wochen waren verflossen. Die Räumungsfrist war längst überschritten. Der Bauunternehmer wollte das Haus geräumt wissen. Der alte Schuster Müller hatte aber immer noch keine für seine Verhältnisse passende Wohnung gefunden. Drei-, Vier- und Fünzimmerwohnungen gab es genug, aber keine Wohnung für zwanzig bis fünfundzwanzig Mark Miete im Monat. Jeden Tag kam er mutloser zurück. Auf dem Wohnungsamte hatte der Beamte mitleidig gelächelt und den Kopf geschüttelt. Kein Mensch wusste ihm Rat. Von der Fürsorge unterhalten lassen wollte er sich auf keinen Fall. Lieber machte er selber Schluss.

"Versünde dich nicht!" hatte seine Frau wohl auf seine Anspielungen hing gesagt. Aber was sollte man tun?

Wieder lag ein Schreiben vor ihm. Wenn die Wohnung nicht innerhalb 24 Stunden geräumt sei, würde man ihn zwangsweise auf die Strasse setzen..... Wie in letzter Zeit so oft, lag er in dieser Nacht erst recht schlaflos im Bette. Morgen musste die Wohnung leer sein. Jetzt galt es zu handeln. Sie sollten ihn nicht aus der Wohnung bringen....Nein, niemals....Noch gab es einen Weg....den letzten. Nach hartem Ringen mit sich selbst stand er heimlich und leise auf und murmelte: "Sei getrost, Mutter, ich nehm' dich mit."

Am andern Tage las man in der Zeitung unter Polizeibericht:

Freitod.

Heute Morgen fand man ein älteres Ehepaar unsrer Stadt, das sich mit Leuchtgas vergiftet hatte, tot in seiner Wohnung auf. Der Grund zu diesem verzweifeltem Schritte dürfte in wirtschaftlichen Sorgen liegen. Untersuchung ist eingeleitet. - -

"Untersuchung ist eingeleitet".- Damit ist den Leuten nicht mehr zu helfen
Karl Eule.

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Weihnachtswoche und die Jahreswende brachten uns, wie alljährlich, eine grössere Anzahl von Premieren in den Berliner Theatern. Vorwiegend bewegten sie sich auf dem Niveau des leichteren Unterhaltungsstückes. Die einzige literarisch anspruchsvollere Aufführung war leider ein Versager. Der aus Tirol stammende Fred Antoine Angermayer, bisher als Verfasser boshaft-spitziger Kleinbürgerkomödien und einer scharfen Satire gegen den Reliquienschwindel der katholischen Kirche bekannt, versucht in seinem, im "Lessing-Theater" aufgeführten neuen Schauspiel "Flieg', Roter Adler von Tirol!" den Kampf der Südtiroler um Behauptung ihres Deutschtums gegen die Italiener zu schildern. Dabei ereignete sich das paradoxe Schauspiel, dass ein durchaus international eingestellter, speziell in Italien sehr geschätzter deutscher Autor sich eine Beschwerde der italienischen Botschaft und eine begeisterte Lob-

preisung der Hugenberg=Presse zuzog. Wir dürfen Angermayer ohne weiteres glauben, dass er das tragische Daseinschicksal der Bevölkerung an der tirolerisch=italienischen Grenze innerlich ehrlich durchlebt und durchlitten hat, und dass ihm jede verhetzende Absicht weltenfern liegt. Aber da seine Darstellung ganz einseitig bleibt und er den Mangel an Handlung durch weitschweifiges wildes Gerede ersetzt, so drängt sich unvermeidlich der Eindruck einer nationalistischer Tendenz auf, sofern der Zuschauer nicht überhaupt bei dieser primitiven Schwarzweissmalerei kalt und gleichgültig bleibt. Aus dem schwächlichen, längst nicht einmal an Anzengruber heranreichenden dramatischen Gestaltungsvermögen des Verfassers vermochte auch das Bemühen namhafter Schauspielkünstler unter der kräftig zupackenden Regie des ehemaligen Frankfurter Intendanten Richard Weichert keine Funken zu schlagen.

Nur etwas über zwei Wochen lang hat sich Angermayers Stück in Berlin halten können. Inzwischen ist der Schlager von der "Affäre Dreyfuss" aus der "Volksbühne" ins "Lessing=Theater" übergesiedelt, und das Publikum der "Volksbühne" wird jetzt täglich annähernd vier Stunden lang mit einem sogenannten Volksstück "Apollo, Brunnenstrasse" von Stefan Grossmann und Franz Hessel (einer allein schafft's heutzutage nicht mehr!) ausgiebig angeödet. Den Verfassern, die anscheinend den Berliner Norden, in dem ihr Stück spielt, garnicht aus eigener Anschauung kennen, schwebte offenbar eine moderne Erneuerung des Alt=Berliner Volksstücks aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vor. Aber ihre Gegenüberstellung der edlen Bewohner einer proletarischen Mietskaserne und des schuftigen Generaldirektors und Hausbesitzers samt seinem Zubälter=und Spitzel=Anhang und ihre Verulkung des Film= und Boxsportbetriebes ist so sentimental verlogen, so einschläfernd albern, so plump und billig, und ihre eingestreuten Couplets sind so hölzern und trivial, dass man den Titel dieses Stückes längst vergessen haben wird, wenn uns die von Witz und Ernst und sozialer Satire so lebendig erfüllten Gesangsspiessen des seligen David Kalisch noch immer helles Vergnügen bereiten werden.

Gegenüber diesem ledernen Kitsch erscheint das Sylvesterstück des Staatlichen Schauspielhauses, die Boxerkomödie "Harte Bandagen" des Amerikaners Ferdinand Reyher, geradezu als eine literarische Tat, und es ist wirklich nicht einzusehen, weshalb ausgerechnet diese deutsche Uraufführung den letzten Anstoss zum Rücktritt des Generalintendanten Jessner bieten musste. Gewiss verträgt das Stück keinen ernsthaften kunstkritischen Masstab, aber der wäre doch ohnehin bei einem Sylvesterstück verfehlt. Auf jeden Fall aber ist die Schilderung des Aufstiegs eines Broxers und des Schiebermilieus der Meisterschaftskämpfe so anschaulich, echt und aktuell, dabei so unterhalten, amüsan, spannend und im Einzelnen so bühnenwirksam, dass die Aufführung unter Jessner wirbeln lebendiger scharf charakterisierender Regie und mit Gustav Knuth, einem urwüchsigen Naturburschen, in der Hauptrolle eine erfrischende Abwechslung von der Schablone des üblichen erotisch gewürzten Unterhaltungsstückes bedeutet.

Ein feines, originelles Unterhaltsstück ist auch das Lustspiel mit dem dichterisch anmutigen Titel "Der Lügner und die Nonne" von Curt Götz, das bis auf weiteres den Spielplan des "Komödienhauses" beherrscht. Der "Lügner", ein überaus phantasievoller junger Mann, ist der ohne Kenntnis seiner Herkunft in unversiegbarem Wohlleben aufgewachsene Sohn eines erstaunlich weltklugen und weltliebenden Kardinals. Die "Nonne" ist eine junge Klostersnovize, die den "Fehltritt" begeht, sich eines an der Klosterpforte von der Mutter, einer Kellnerin, ausgesetzten kleinen Kindes anzunehmen und es mütterlich aufzuziehen, ohne natürlich ahnen zu können, dass der ihr unbekannt, in der Nähe des Klosters wohnende "Lügner" der uneheliche Vater dieses Kindes ist. Um einer ärztlichen Untersuchung, aufgrund deren sie die Wegnahme des Kindes fürchtet, zu entgehen, springt die junge Novize aus dem Fenster ihrer Klosterzelle in den vorbeifliessenden Strom, wird von dem schwimmkundigen "Lügner" gerettet und verliebt sich in ihn. Ins Kloster mit Gewalt zurückgeholt, erhält sie von dem gerade zu Besuch eintreffenden Kardinal die Rechtfertigung ihres Verhaltens und die Zustimmung

nung zum Liebes- und Ehebunde mit dem "Lügner". In der eleganten, geschmackvollen Führung dieser Handlung und in ihrer reichen Ausstattung mit witzigen und geistreichen Pointen, vor allem in dem ungemein wirkungssicheren Aufbau des Schlussaktes erweist sich Curt Götz als einer unserer einfallreichsten und säubersten Lustspieldichter. Verkörpert er obendrein auch selbst noch die dankbaren beiden Rollen des "Lügners" und des Kardinals, so bedeutet die Aufführung einer von vergnügtester Stimmung des Publikums getragenen erlesenen Genuss.

Recht schal mutet dagegen das neue Repertoirestück der "Kammerspiele", die Komödie "Désiré" des Franzosen Sacha Guitry, an. Im Mittelpunkt des Stückes steht ein patenter Kammerdiener, der sich in jeder Stelle in seine Herrin verliebt und schliesslich - - na, wie das bei französischen Boulevardschriftstellern eben zu gehen pflegt. Dreimal hat er bereits nach erlangter Hingabe seiner Herrin seine Stellung wechseln müssen. Als ihm dieses "Missgeschick" zum viertenmale droht, erbittert er schon vorher seine Entlassung, um nicht seine ganze Laufbahn aufs Spiel zu setzen. Stücke dieser Art sind nur im Urtext erträglich, weil ihre Wirkung allein auf Reizen der Sprache und der Rasse der Personen beruht. Auch die diskrete Charakterisierungskunst eines Curt Bois vermag nicht ganz das Unbehagen über die Frivolität dieser unwahrscheinlichen Handlung zu tilgen.

Das Theater "Die Tribüne" hat das schon etwa ein Dutzend Jahre alte Schauspiel "Frauenopfer" von Georg Kaiser in seinen Spielplan aufgenommen, ein psychologisch vertieftes Liebesdrama aus den Tagen von Napoleons Rückkehr von Elba. Kaiser bewährt hier eine zwar kühle, aber ungemein bunt schillernde Phantasie, und er unterstreicht den unrealistischen Charakter seines Stückes noch durch seine gehämmerte expressionistische Sprache. Das stürmische dramatische Tempo und die bei aller Knappheit greifbar deutliche Wiedergabe des historischen Bildes lassen das Stück als eine der bestgelungenen Schöpfungen ihres Verfassers erscheinen. Eleonora von Mendelssohn verkörperte den tragischen Heroismus der Hauptperson mit ergreifender Schlichtheit und intensivster Erlebniskraft.

Dass ein ganz auf nüchternen Umstand und scharfen Witz gestelltes Werk wie die satirischen Komödien von Carl Sternheim nicht gut zur Bearbeitung als Oper geeignet ist, dürfte eigentlich ohne weiteres einleuchten. Auch der ungärische Komponist Ernst von Dohnanyi hat keinen künstlerischen Erfolg zu erringen vermocht, als er den "Bürger Schippel" vertonte. Obwohl Ernst Goth, aus dem Textbuch der dreiaktigen Oper "Der Tenor", mit der uns die "Städtische Oper" bekannt machte, die schärfsten satirischen Spitzen Sternheims entfernte, ist kein wirksamer Vorwurf für eine musikalische Ausdeutung daraus geworden. Zudem bewegt sich die Tonsprache des Komponisten in epigonenhafter Herkömmlichkeit und lässt jeden witzigen Einfall, jede musikalische Sinnlichkeit vermessen. So vermochte auch die szenisch und musikalisch kultivierte Aufführung nicht eine allmähliche Ermüdung der Zuhörer zu vermeiden.

Bz.

Karriere.^x

SPD. Nachdem Ladrian Hammerput in der Waschanstalt, in der er volle 97 Tage die Trockenstände hatte hüten müssen, mit sanftem Kreppsohlendruck vor die Tür gesetzt worden war, entsicherte er seinen Browning und ging schnurstracks zum nächsten Stellenvermittlungsbüro, um einen neuen Posten zu finden.

"Was können Sie machen?" fragte ihn der Vermittler.

"Oh, alles, was Sie wollen", warf sich Ladrian Hammerput in die Brust, "Lassoschleudern, Kartoffelschälen, Luftsprung aus fahrendem Flugzeug, Autore-

paraturen, Pferdeschlachten; wie Sie es wünschen, Sir....." Und er lüpfte den Revolver.

"Well!" nickt der Mann hinter dem Schalter und blätterte in einem dicken Buche. Dann hob er den Kopf und sagte: "Nehmen Sie eine Stelle als Privatlehrer Mylord?"

"Als was?" fragte Ladrian Hammerput, während er den Revolver auf den Tisch legte.

"Als Pri - vat - leh - rer !!!"

"Sooo, jetzt habe ich verstanden. Also als Privatlehrer. Was ist denn das für ein Beruf, wenn ich fragen darf?"

"Ein Privatlehrer? Nun, das ist ein Herr, der einem jungen Manne Unterricht gibt. Zum Beispiel in der Landessprache, dann im Französischen, Deutschen, Lateinischen, Griechischen, in Geschichte, Geographie, Mathematik und so weiter, kurz, ihn zum Unversitätsstudium vorbereitet."

Ladrian Hammerput konnte weder die Landessprache (mit Ausnahme der Revolver=Pantomimik) noch französisch, deutsch, noch griechisch, Geschichte, Geographie, Mathematik und so weiter. Aber er sagte sich mit Recht, dass ja der junge Mann wahrscheinlich ebenfalls nichts wusste. Darum stiess Ladrian entschlossen den Browning in das Futteral und nahm die Stelle an: 30 Dollar im Monat, Familienanschluss, das Recht auf die getragene Garderobe des Herrn; andere Nebeneinkünfte garnicht zu erwähnen.-

Mister Eli Nobson war ein smarterer Gentleman, dem die Tatsache, dass der Herr gott auch in U.S.A. die Hühneraugen emsig spriessen lässt, drei Millionen für sein Radikalmittel "Farewell" und den Generaldirektorsposten des Farewell-Konzerns eingetragen hatte. Herrn Nobsons Bestrebungen gipfelten in dem Blüentrau seinen Sohn Billx mindestens auf den Thron des Präsidenten der U.S.A. zu schieben. Leider wurden nun diese hochfliegenden Pläne von dem jungen Manne nicht geteilt, der seinerseits keine geringen Hoffnungen hegte, als dermaleinst Fliegengewichts-Boxweltmeister zu werden.

Der Farewell-Magnat bewohnte eine prunkvolle Villa in Boston, und dort führte Ladrian Hammerput den jungen Millionärsspross täglich von neun Uhr Morgens bis sechs Uhr abends und auch noch später in die Anfangsgründe der Wissenschaft ein, von denen er am Tage vorher selbst noch nicht einen silbernen Schimmer hatte. Aber am vorausgehenden Abend arbeitete er die Lektionen in seiner Dachkammer durch, denn Ladrian Hammerput war ein gewissenhafter Mann, der sein Geld nicht auf unehrliche Weise verdienen wollte, wenn er es auf ehrliche haben konnte.

So ging das fünf Jahre lang. Damit war nun auch die Zeit gekommen, Billy den Examinatoren vorzuführen, die ihn für das Unversitätsstudium reif befinden sollten. Da kam Ladrian auf einen naheliegenden Gedanken. Er meldete sich ebenfalls zur Prüfung.

Und so geschah es dann, dass, während Billy Nobson glänzend durchrasselte, Ladrian Hammerput von dem Prüfungsausschuss mit Note IA als Student beglückwünscht wurde. Zwar musste er noch am gleichen Tage das gastliche Haus des Farewell-Magnaten fluchtartig verlassen, aber für die Zukunft brauchte er sich keine Sorgen zu machen. Ladrian Hammerput ist heute Rektor des Trinity College in Omaha (Nebraska), U.S.A.....

Bodo M. Vogel.

SPD. Die ehrlichsten Leute. Ein Amerikaner brüstet sich: "Wir sind ein ehrliches Volk. Aus unserer Mitte ist George Washington hervorgegangen, der nicht lügen konnte." Darauf meckert ein Leipziger: "Ach, hähnse, das is noch garnixhd. Wir Sachsen, wir gönnen lügen, bloss wir dun's nich....."

Der dämonische Junggeselle.^x

SPD. Personenzug Leipzig=Dresden. Dritte Klasse. Ein Herr mit einer Akzenttasche steigt in das Abteil, nimmt Platz und entfaltet die "Leipziger Neuesten Nachrichten". Lässt das Blatt sofort wieder sinken und wendet sich an seinen Gegenüber:

"Och frzaihns, is das der Zuch nach Dräsdn?"

"Ja, das is där."

"Ich will nämlich nach Dräsdn."

"So? Sie ham wohl da Pegannde?"

"Näh, da hawich meine Braud. Die will ich ma pesuchen."

"Gugge ma an!"

"Ja, das Jungkesällnlähm kriehd mer midder Zaid kebeerich sadd. Mr is ooch äma froh, wemmr waiss, wo mr hinkebeerd."

"Das gönnde schdimm'. Ja. Ich bin ja nun schon lange frhairad. Ja."

"So, na, da ham Sie ja Erfahrunk. Da wissen Sie das aus dr Braxis. Mr field sich wie neikeborn, wemmr waiss: da bisd du zu Hause, un da keherrsd du hin."

"Das schdimmd auffallnd. Awer mr had ooch sein Aercher."

"Na, main' Sie felleichd, ich hawe main' Aercher nich? Sehr ofd muss 'ch mich sogar ärchern. Alle Minuden hadse was anderes. Na, da nummd mr sich ähmd ä, bissjn zusamm. Wenn ich mich aufräche, dann werd'ch keradezu dämonisch!"

"Jjjja. Das is ooch manjmal das eenzche Middel, womid mr die Waibschdigger girre griechen gann...."

Kurt Miethke.

SPD. Ein Opfer seines Berufes.^x Herr Sanitätsrat arbeitete unmenschlich viel. Täglich so und so viele Besuche, ständig Operationen, ärztliche Kongresse, Fachvorträge im Klub und anderes mehr nahmen seine Zeit dermassen in Anspruch, dass er seinen Jüngsten manchmal wochenlang nicht zu Gesicht bekam. Die ihm zur Verfügung stehende freie Zeit verbrachte er überdies mit der Kollegenschaft im Aerzte-Vereinshaus, denn nach des Tages Müh' und Last bekanntlich die Fachsimpelei die grösste Freude macht. Einnes Sonntags ereignete sich aber die grosse Sensation: Herr Sanitätsrat nahm das Mittagessen im Kreise seiner Familie ein und spielte nach Tisch in höchstem Grade vergnügt mit seinem zehnjährigen Söhnchen. Auf einmal blickte er dann erschrocken auf die Uhr und stellte fest, eine wichtige Verabredung - wo denn anders als im Klub - beinahe versäumt zu haben. Er nahm Stock und Hut und schickte sich zum Gehen an. Da wurde dem Jungen traurig, ums Herz, und er flehte den so oft vermissten Vater an: "Vati, bitte, geh' noch nicht nach Hause!"

SPD. Gerhart Hauptmann in der Nationalgalerie. Die Preussische Kunstverwaltung hat für die Berliner Nationalgalerie eine Bronzebüste Gerhart Hauptmann erworben, die der Bildhauer Hermann Schneider im verflossenen Herbst in Hiddensee geschaffen hat. Das Kunstwerk soll zunächst dem Gerhart Hauptmann-Jugendheim in Sellin auf Rügen leihweise überlassen werden.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

6)

SPD. Abelson sagte langsam: "Hale ist fort, ihn zu holen."

Aller Augen wandten sich zur Hütte, als Hale allein auftauchte und auf sie zulief.

"Nicht da", sagte er keuchend, "auch sein Gewehr und das Bandelier nicht." Er holte tief Atem. "Nichts ist da ausser den Decken, den Packtaschen, den Säbeln und den Bändeliers."

Der Sergeant befahl: "Im Kreise ringsum ausschwärmen. Abstand ungefähr zwei Meter. Drückt durch die Bäume bis zum Wall und beobachtet. Verstanden? Zeigt euch nicht, seht in die Wüste. Wartet, bis ich komme, und sperrt die Augen auf. Los!"

Sie rückten ab, und in weniger als einer Minute war nichts mehr von ihnen zu sehen und zu hören. Der Sergeant stand allein in der Lichtung und blickte auf den kleinen, grotesk verzerrten Körper zu seinen Füßen. Dann bückte er sich und drehte ihn wieder auf das Gesicht. Die Wunde war kein schöner Anblick.

Er richtete sich wieder auf und sah sich um: wie er jetzt erst merkte, lief Schweiss über seinen Rücken, seine Beine und vom Kopf herunter über sein Gesicht.

Aus den Bäumen auf der anderen Seite der Lichtung trat Brown und winkte heftig; der Sergeant lief zu ihm hinüber. Brown ergriff ihn am Arm und zog ihn in den Schatten der Bäume. Nach zehn Metern blieb er stehen, deutete nach vorwärts und sagte: "Er lebt noch."

Am Fuss einer Palme lag wie in friedlichem Schlaf Unteroffizier Bell.

Auch hier fand der Sergeant eine Stichwunde, diesmal im Rücken; starke, breite und biegsame Muskeln hatten den Mann vor sofortigem Tode bewahrt. Er atmete schnell, leicht und schwach wie ein krankes Kind. Als sie ihn behutsam aufhoben, öffnete sich die Wunde weit; dunkles Blut stürzte heraus.

"Vorsicht", sagte der Sergeant. Sie trugen ihn halbaufgerichtet zur Hütte, wo sie ihn mit dem Gesicht nach unten auf ein weiches Lager übereinandergelegter Decken betteten. Brown holte in einem Leinwandimer Wasser, während der Sergeant mit seinem Messer sachte das Hemd vom Körper schnitt. Sie wuschen die scheinbar saubere Wunde; der Sergeant pinselte sie mit Jod, das er einer zu seinem Feldgeüäck gehörigen kleinen Tasche entnahm. Aber der wenigstens vier Zoll lange Schnitt klaffte und liess das Blut ebenso schnell fliessen, wie sie es abtrockneten.

"Muss genäht werden", meinte Brown.

Der Sergeant nickte. Er fand in einer Ecke auf dem Boden Morellis Brotbeutel und in ihm einen Kasten mit Nadeln und dickem Khakizwirn. Er nahm die feinste Nadel, fädelt sie ein und tauchte alles in das Jod; dann kniete er neben dem ausgestreckten Körper nieder und fing an.

In zehn Minuten machte er vier saubere Stiche, dann verbanden sie die Wunde mit Bandagen und wanden Streifen des zerrissenen Hemdes darüber.

"Das ist alles, was wir tun können." Der Sergeant stand auf und sah auf den Verwundeten hinab. "Sie bleiben hier, Brown. Lassen Sie ihn ruhig liegen, nur wenn er zu sich kommt, geben Sie ihm ein wenig Wasser." Damit trat er aus der Hütte und unter die hinter ihr liegenden Bäume.

Er schlich vorsichtig weiter und liess sich auf Hände und Knie nieder, als er sich dem Hügelrande näherte. Dort fand er Morelli, der auf dem Bauche lag, und streckte sich neben ihm aus.

"Was gesehen?" fragte er.

Morelli fluchte; er hatte nichts bemerkt, und es war auch seiner Meinung nach ausser dem Wüstensande nichts zu erblicken. "Und von dem ist gerade höllisch genug zu sehen", meinte er.

Auch des Sergeanten Augen durchforschten die Ebene, ohne etwas zu finden. Er kroch fünfzehn Meter weiter bis zu MacKay. Nichts. Und so ging es weiter im Kreise um den Hügel, wo die Mannschaften im Schatten der Bäume und im rauhen schlanken Grase verborgen lagen. Keiner hatte auch nur eine Spur von Leben in dem flammenden Sande entdecken könne, den sein Blick umspannte, niemand hatte ausser seinen eigenen Bewegungen etwas gehört.

Der Sergeant ging in aufrechter Haltung auf seinen Kriechspuren zurück und suchte MacKay.

Als er ihn gefunden hatte, sagte er: "Jock, kommen Sie mit mir herunter und machen Sie einen Rundgang mit mir. Die Leute werden uns decken."

"Befehl!" MacKay stand auf.

Sie glitten zusammen den steilsten Abhang ihres Eilandes hinunter und begannen einen weiten Kreis rundherum anzulegen. Sie fanden die Spuren, welche die Pferde in der letzten Nacht bei ihrer Ankunft hinterlassen hatten; sie führten hügelan. Zehn Meter weiter westlich stiessen sie auf andere Spuren, die in die Wüste hinauswiesen.

"Fünf nebeneinander", sagte MacKay.

Der Sergeant schwieg; nach einer langen Pause antwortete er: "So ist es."

Sie vollendeten ihren Rundgang und fanden....nichts.

Sechstes Kapitel.

Ausser MacKay und Cook, die je an einem Ende des Hügel als Posten lagen, waren die Leute ihre eigenen Herrn. Der Tag war ihnen endlos erschienen; denn obgleich es Wasser und Schatten gab, schien die Hitze durch diese Annahmlichkeiten so wenig gemildert, dass auch ungestörte Musse an den Vorhof der Hölle erinnerte; und diese Musse, die erzwungen war und einen Sinn hatte, dem bis jetzt noch keiner offen in die Augen zu sehen wagte, war unerträglich.

Sie hatten sich der Vorschrift des Sergeanten zufolge gebadet und rasiert. Seit dem frühen Morgen und der Entdeckung des Pferderaubes hatten immer zwei Mann die Wache bezogen, wie jetzt Cook und MacKay. Abwechselnd waren sie auf den Zehenspitzen in die Hütte geschlichen, um nach dem Unteroffizier zu sehen, der bis jetzt sich weder bewegt noch gesprochen oder die Augen geöffnet hatte; den ganzen langen Tag sass der Sergeant neben ihm, beobachtete ihn und leistete ihm alle jene kleinen Dienste, die getan werden konnten. Vor Stunden schon hatten sie den eingefallenen Körper Pearsons hinunter in die Wüste gebracht und in ein tiefes Grab gelegt. Nun sassen sie mit den Rücken an die Bäume gelehnt und erwarteten die Nacht.

"Die Hölle ist los", sagte Abelson in das Schweigen hinein. "Wie im Namen des Satans sind...."

"Halt's Maul!" Hale sah wütend von seiner Pfeife auf, die er gerade auskratzte. "Wir haben den ganzen elenden Tag drum'rum geredet - was soll das ewige Gequatsche nützen? Sei ruhig."

"Er hat recht", meinte Brown. "Lassen wir es. Che sara sara."

Hale sah auf. "Was is 'n das für 'ne Sprache?"

"Soll italienisch sein."

Makkaroni, was?" Hale stopfte seine Pfeife in die Tasche.

"Dagewesen, du Hauptkerl?"

Brown nickte. "Drei= oder viermal". Seine Augen bekamen den verlorenen-leeren Blick, der in das Land Erinnerung sieht.

(Fortsetzung folgt.)